

# nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE  
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

10

VII. Jahrgang

Friedrichshafen, Oktober 1967

Einzelpreis 0,75 DM

2S 21 39

**S**chneller als das erste Schreiben des DDR-Ministerpräsidenten Stoph hat der Bundeskanzler Kiesinger den zweiten Brief aus Ost-Berlin beantwortet — schnell, aber schlecht. In dem kurzen Schreiben gefällt sich der Bundeskanzler in den bekannten Redensarten über die „Not der Spaltung“ und das „Recht der Selbstdetermination“, ohne auch nur in Ansätzen auf die sehr konkreten Vorschläge der DDR-Regierung einzugehen. Bemerkenswert an dem Schreiben Kiesingers ist lediglich die Bereitwilligkeit, den Staatssekretär des Bundeskanzleramtes zu Verhandlungen anzubieten. Aber auch das ist nicht ganz neu, denn der Vorschlag, auf Staatssekretärsebene Verhandlungen anzuknüpfen, wurde schon in dem ersten Brief Stophs gemacht, allerdings hier als Vorschlag für ein Treffen der beiden Regierungschefs Kiesinger und Stoph. Ein Vorschlag übrigens, der, wie die Meinungsforscher festgestellt haben, von 70 Prozent der Bürger in der Bundesrepublik unterstützt wird. Ganz bewußt geht auch die Kiesinger/Brandt-Regierung einer Diskussion mit der DDR über die Kernfragen der deutschen Politik, nämlich Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch, die

Anerkennung der DDR und die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen beiden souveränen Staaten „deutscher Nation“ — so heißt es ausdrücklich in dem Vertragsentwurf der DDR — aus dem Wege.

Es gibt aber keinen Zweifel darüber, daß der Versuch einer Lösung aller Probleme, die mit der Teilung Deutschlands zusammenhängen, anlangen muß mit der Anerkennung der DDR. Das ist nicht, wie es der CDU-Mann Kiesinger und der SPD-Mann Wehner hinstellen wollen, eine Maximalforderung, sondern eine Mindestvoraussetzung, denn sie bedeutet ausdrücklich, daß keine der beiden Regierungen sich in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates einzumischen hat. Von diesem Ausgangspunkt kann erst verhandelt werden über die Fragen, die in Bonn unter dem strapazierten Begriff „menschliche Erleichterungen“ verstanden werden.

Ohne die Anerkennung der DDR und die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten kann es keine Entspannung geben, und jeder Versuch einer neuen Ostpolitik muß scheitern, wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt werden. Welchen Sinn hat es, Gewaltverzicht anzubieten, wenn er unverbindlich bleibt und nicht durch einen Vertrag zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten völkerrechtlich fixiert wird? Nicht anders verhält es sich mit den von der Bundesregierung angebotenen Regelungen über Fragen des Verkehrs, der Post und anderer öffentlicher Institutionen.

In einer Ansprache über das Deutsche Fernsehen hat der Bundeskanzler den Vertrag der DDR-Regierung als einen Teilungsvertrag genannt und als unannehmbar für die Bundesregierung bezeichnet. Diese Feststellung Kiesingers steht

■ Staatsschulden zahlt der Arbeitnehmer ...	4
Spiegelfechterei um Rüstung ...	5
Vom Holzpfug zur Weltmarkt ...	7
■ Tarifpolitik mit Komplikationen ....	8
Wirklichkeit bestätigt Marx ...	10
Fusionen bedrohen Mitbestimmung .....	11
■ Aus Kontakten wurden Verbindungen ....	12
Gedenktausch in Leipzig ...	13
■ Die Mehrwertsteuer ist unsozial .....	14
Kostenbeteiligung durch die Hintertür? .....	17

## GENOSSE TREND

Die Bremer Bürgerschaftswahlen haben der dort seit 22 Jahren regierenden Sozialdemokratischen Partei einen heftigen, wenn auch nicht unverdienten Schlag versetzt. Sie mußte sich mit einem Verlust von über sieben Prozent der Stimmen und damit der absoluten Mehrheit abfinden. Nun rätselt der Parteivorstand über die Ursache — oder besser er tut so, als sei es ein Rätsel, denn in Wirklichkeit weiß Wehner sehr genau, daß das Ergebnis von Bremen die Quittung ist für die Große Koalition.

Die Wahlsieger sind die FDP und — für manchen überraschend — die DFU, die nur ganz knapp die Fünf-Prozent-Klausur verfehlte. Sie hat ihren Erfolg zweifellos der Tatsache zuzuschreiben, daß sie in Bremen mit einem klaren politischen, auf die Interessen der Arbeitnehmer abgestellten Programm aufgetreten ist.

Der Genosse Trend hat uns verlassen, klagen die SPD-Wahlstrategen. Aber wenn man sich die Ergebnisse der Landtagswahlen seit den neun Monaten Koalitionspolitik mit der CDU betrachtet, stimmt das nicht. Der Genosse Trend ist der SPD treu geblieben. Nur ist er ein Rückwärtstrend geworden. okolus

# Keine neue Wirtschaftspolitik

## Bonner Praxis im Widerspruch zum DGB-Grundsatzprogramm Unverdientes Lob für Schiller durch Festschrift des DGB

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat ein neues Verwaltungsgebäude unter dem Namen „Hans-Böckler-Haus“ eingeweiht. Für diesen Festakt ist auch eine Festschrift verfaßt und herausgegeben worden, die eine Bemerkung enthält, die Widerspruch erregen muß. Es heißt da an einer Stelle: „Die amtliche Wirtschaftspolitik entspricht in wesentlichen Teilen den Vorstellungen, wie sie im DGB-Grundsatzprogramm entwickelt worden sind.“ Diese Feststellung wird nach nüchterner Prüfung der Tatsachen kein Gewerkschafter unterstreichen können.

In den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Grundsatzprogramms des DGB wird zu den „Grundlagen der Wirtschaftspolitik“ gesagt, das Wirtschaften „darf nicht allein vom Gewinnstreben bestimmt sein“. Eine Grundeinstellung, für die eigentlich auch die SPD-Minister bei ihren „christlichen“ Koalitionspartnern volles Verständnis finden müßten, nachdem sogar Papst Paul VI. in seiner jüngsten Enzyklika „über den Fortschritt der Völker“ das Gewinnstreben der Unternehmer so eindeutig verurteilt hat. Doch die Wirtschaftspolitik der Kiesinger/Brandt-Regierung und ihres Wirtschaftsministers Schiller geht gerade davon aus, daß die Talsohle in der Wirtschaft nur überwunden werden kann, wenn man durch Vergünstigungen, wie Sonderabschreibungen und Investitionsspritzen, die Gewinnerwartungen der Unternehmer erhöht. Es ist offensichtlich, daß mit einer sol-

chen Wirtschaftspolitik das im Grundsatzprogramm proklamierte Ziel einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung nicht erreicht werden kann. Dazu wären die entgegengesetzten Maßnahmen von dem nötig, was Schiller und Strauß praktizieren. Im DGB-Grundsatzprogramm wird dazu weiter gesagt: „Wichtige Voraussetzungen breiterer Vermögensstreuung sind ein höherer Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen, der Abbau der Steuerprivilegien für hohe Einkommen und die besondere Förderung der Ersparnis- und Vermögensbildung bei den unteren und mittleren Einkommensgruppen.“ Das ist etwas ganz anderes, als die Bundesregierung praktiziert; ihre „neue“ Wirtschaftspolitik ist ganz eindeutig auf die Stärkung der wirtschaftlichen Macht der Großbanken und Konzerne und auf die Sicherung der Unternehmerprofite ausgerichtet.

Doch auch die übrigen im DGB-Grundsatzprogramm postulierten Ziele der Wirtschaftspolitik können mit der bisher von der CDU/CSU-SPD-Koalitionsregierung verfolgten Wirtschaftspolitik nicht erreicht werden, wenn sie überhaupt die Absicht hat, sie anzusteuern. Nämlich: Vollbeschäftigung und stetiges Wirtschaftswachstum, Stabilität des Geldwertes, Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht und die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Von Vollbeschäftigung und stetigem wirtschaftlichem Wachstum ist die bundesdeutsche Wirtschaft weit entfernt. Die von der Bundesregierung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung beschlossenen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen führen zu einer erheblichen Verteuerung der Lebenshaltungskosten, ebenso wie der von den Unternehmern mit Rücksichtslosigkeit geführte Kampf um den Abbau der Löhne und Gehälter. Die weiter wachsende Staatsverschuldung muß gleichzeitig die inflationären Tendenzen fördern und die Stabilität des Geldwertes untergraben.

Man kann eben die im DGB-Grundsatzprogramm formulierten Ziele nicht erreichen, ohne auch die im gleichen Grundsatzprogramm genannten Mittel anzuwenden. Dazu aber gehört neben dem an erster Stelle genannten volkswirtschaftlichen Rahmenplan, von dem nicht die Rede ist — Schillers Orientierungsdaten und konzentrierte Gespräche können wohl ebenso wenig wie die sogenannte „Globalsteuerung“ als volkswirtschaftlicher Rahmenplan angesehen werden —, ein entsprechender Einsatz der öffentlichen Haushalte, der Finanz- und Steuerpolitik, der Investitionslenkung, der Einsatz der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsbetriebe als Lenkungs- und Steuerungsmittel und vor allem die Kontrolle wirtschaftlicher Macht durch Besteigung konzentrationsfördernder Rechtsvorschriften und die Demokratisierung der Wirtschaft sowie die Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.

Bis jetzt ist keine Absicht der Großen Koalition erkennbar, daß sie eine neue Wirtschaftspolitik betreiben will, eine Wirtschaftspolitik, die die Vormachtstellung der Industrie- und Bankenmonopole einzuschränken und die Wirtschaft auf die Interessen der arbeitenden Menschen auszurichten bereit ist. Alle wirtschafts- und finanziellen Maßnahmen verfolgen bisher das Ziel, die Interessen jener zu vertreten, die seit Gründung der Bundesrepublik die Früchte des sogenannten Wirtschaftswunders ernten konnten, und es besteht wenig Hoffnung, daß die Regierung Kiesinger/Brandt den Forderungen der Gewerkschaften Gehör schenken wird, die eine Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise durch Stärkung der Massenkaufkraft und Herabsetzung der Rüslungsausgaben fordern.

allerdings in Widerspruch zu einer Erklärung des Vertreters des sogenannten Gesamtdeutschen Ministeriums, Dr. Haack, der auf einer Tagung der Evangelischen Akademie für politische Bildung in Tutzing vor Wissenschaftlern, Publizisten und Politikern erklärte, daß zwar gegenwärtig eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht in Frage komme, da ein solcher Akt der Wiedervereinigung Deutschlands schaden würde, jedoch — und das ist hochinteressant — könnte sich dieser Standpunkt ändern, wenn sich das Regime (gemeint ist das Regime in Ost-Berlin) ändere. Das heißt mit nüchternen Worten, sinngemäß, die Anerkennung eines zweiten deutschen Staates sei schon möglich, nur darf es kein sozialistischer Staat sein.

Die Bundesregierung und die Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD können sich noch soviel Mühe geben, die Positionen des kalten Krieges zu verleidigen, die Bundesrepublik wird an einer Anerkennung der DDR nicht vorbeikommen. Nur durch eine Anerkennung als den Beginn einer schrittweisen Annäherung beider deutscher Staaten können die menschlichen Kontakte und Erleichterungen erreicht werden, von denen in Bonn soviel geschrieben wird; können auf allen Gebieten der Wissenschaft, des Verkehrs, der Kultur und was es auch sei, Vereinbarungen zum beiderseitigen Nutzen abgeschlossen werden.

Die Gewerkschaften werden hierbei eine ganz entscheidende Rolle zu spielen haben. Die Erklärung des Vertreters des Gesamtdeutschen Ministeriums in Tutzing sagt unzweideutig, daß die Bundesregierung, deren Deutschlandpolitik trotz Willy Brandts immer noch von der CDU/CSU bestimmt wird, wenn auch unter Assistenz Wehnerts, sich gegen die Normalisierung der Beziehungen zur DDR sträubt, weil es sich um einen sozialistischen Staat handelt, einen Staat, in dem die Arbeiter und Angestellten die dominierende Gesellschaftsschicht bilden. Nichts ist darum natürlicher, als daß die Gewerkschaften als Organisationen der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik durch die Aufnahme offizieller Beziehungen mit den Gewerkschaften der DDR Realitäten schaffen, um die Politik der Bundesregierung zu einer Änderung ihrer Haltung zu zwingen. Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch, Anerkennung der DDR und Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten Deutscher Nation — das sind die Kernfragen einer nationalen Politik ebenso wie einer europäischen Politik, die dem Frieden und der Verständigung dient.

# Generalverkehrsplan unzulänglich

## Bundesbahnsanierung auf Kosten der Eisenbahner Leberplan zielt an den Problemen vorbei

Eines muß man Georg Leber lassen: Wie kein anderer versteht er, sich selbst in das Rampenlicht zu stellen, gewissermaßen als politischer Show-Master seine Rolle auf der politischen Bühne zu spielen. Das tat er schon als Gewerkschaftsvorsitzender, und die Art, wie der Generalverkehrsplan nach wochenlangen geheimnisvollen Andeutungen der Öffentlichkeit übergeben wurde, zeigt, daß er auch in seiner Funktion als Bundesverkehrsminister von dieser ihm liebgewordenen Übung nicht abgehen wird.

Was den Plan selbst angeht, so ist er bei nüchterner Betrachtung keineswegs „epochemachend“. In wesentlichen Dingen zielt er sogar an den Problemen vorbei. Zweifellos hat der Bundesverkehrsminister recht, wenn er von der Notwendigkeit, die Verkehrsprobleme durch einen Plan in den Griff zu bekommen, ausgeht, denn die Situation auf den verstopften Straßen der Bundesrepublik ist katastrophal. Mehr als 17 000 Verkehrstote und über 450 000 Verletzte pro Jahr ist eine erschreckende Bilanz. Dazu kommt ein Sachschaden von fast sieben Millionen DM. Nun weiß aber jeder, daß das Verkehrsproblem im wesentlichen ein Problem mangelnden Straßenbaues ist. Von 1950 bis 1966 sind zwar zur Verbesserung des Straßennetzes über 80 Milliarden DM aufgewendet worden, aber immer noch stehen Verkehrsdichte und Straßenkapazität in einem schreienden Mißverhältnis. Nach Schätzungen des Verkehrsministeriums müßten bis zum Jahre 1970 85 Milliarden DM investiert werden, um diesem Übel abzuholen. Statt dessen sind nur 18 Milliarden DM vorgesehen, obwohl allein im Jahre 1966 durch die Mineralölsteuer mehr als acht Milliarden DM aus den Taschen der Autofahrer in den Staatssäckel gewandert sind. Diese Mittel jedoch, und das steht nicht in Lebers Plan, dienen im wesentlichen dazu, einen unsinnigen Rüstungshaushalt mitzufinanzieren. Die Absicht Lebers, einen Teil des Schwerlastverkehrs von der Straße zu bringen und ihn auf die Schiene zu verlegen, wird das Verkehrsproblem nicht lösen.

Auch die Sanierung der Bundesbahn wird mit den Mitteln des Leber-Planes kaum gelingen. Die Tatsache, daß bis 1972 82 000 Eisenbahner im Zuge der Rationalisierung aus dem Bahnbetrieb ausscheiden sollen, ist die gleiche Methode, wie sie die Zechenherren anwenden; die Methode, die Konsequenz der Rationalisierung auf die Lohn- und Gehaltsempfänger abzuwälzen. Es ist bezeichnend, daß dem Gewerkschafter und Sozialdemokraten Leber nichts anderes eingefallen ist als das, was die ärgsten kapitalistischen Scharfmacher praktizieren. Die Behauptung Lebers, daß die Bundesbahn 82 000 Arbeitskräfte abbauen könne allein durch den altersbedingten Abgang, stimmt einfach nicht. Die Bundesbahn soll einen Teil des Güterverkehrs von der

Straße übernehmen und damit eine höhere Leistung bringen. Das aber setzt doch voraus, daß der Personalbestand nicht eingeschränkt, sondern erhöht wird. Was an Rationalisierungsmaßnahmen zweifellos bei der Bundesbahn notwendig ist, müßte allein dazu dienen, die von den Eisenbahnen und ihrer Gewerkschaft seit langem geforderte Arbeitszeitverkürzung zu realisieren, denn niemand kann von den Eisenbahnen höhere Leistungen verlangen und sie gleichzeitig sozial schlechterstellen als ihre Kolleginnen und Kollegen in der Privatindustrie. Nimmt man dazu die von der Seebohmschen Konzeption übernommenen Streckenstilllegungen, dann wird die Unzulänglichkeit des Leber-Planen Verkehrsplanes deutlich. Wobei im übrigen auch gesagt werden muß, daß es nur in einem volkswirtschaftlichen Gesamtplan eine sinnvolle und erfolgreiche Verkehrsplanung geben kann. sr

## Wissenschaftler für Atomwaffensperrvertrag

Im Gegensatz zu der zum Teil hysterischen Propaganda der Bundesregierung und der CDU/CSU gegen den von der Sowjet-Union und den USA der Genfer Abrüstungskonferenz vorgelegten Entwurf eines Atomwaffen-sperrvertrages hat die 17. Pugwash-Konferenz, an der zahlreiche Wissenschaftler aus NATO-Ländern, Staaten des Warschauer Paktes und aus der neutralen Welt teilgenommen haben, die vorgebrachten Einwände als unzutreffend bezeichnet. Zwar weise der in Genf vorgelegte Vertragsentwurf eine „Asymmetrie“ zwischen den Verpflichtungen der Atommächte und denen der nichtatomaren Staaten auf, aber dieser Umstand rechtfertige keineswegs die Ablehnung des gesamten Vertragsentwurfes. Einige der Vertragsartikel seien noch verbessерungswürdig, jedoch die von verschiedenen Ländern — darunter von der Bundesrepublik — vorgebrachten grundsätzlichen technischen und politischen Einwände könnten von Fachleuten nicht akzeptiert werden.

# Wirbel in Berlin

In Berlin ist der Regierende Bürgermeister Albertz zurückgetreten. Den Anstoß zu diesem Rücktritt gaben zwar die Studenten-Demonstrationen anlässlich des Schah-Besuches; die politischen Gründe allerdings liegen tiefer. Die Situation West-Berlins ist immer schwieriger geworden, und das Drängen politischer Kräfte in der SPD nach größerer Abhängigkeit von der Bundesrepublik und der stärkeren Be- tonung West-Berlins als „Drehzscheibe“ der Ost-West-Beziehungen sind in einen härteren Gegensatz geraten zu den kalten Kriegern, die ebenso hartnäckig wie politisch dumm an dem Frontstadt-Charakter West-Berlins festhalten.

Die Unterordnung West-Berlins unter die Politik der Bundesregierung hat sich immer stärker als Belastung und Hemmschuh für die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten West-Berlins, besonders in Richtung Osten, erwiesen. Im ersten Vierteljahr 1967 sind aus West-Berlin 19 Prozent mehr Arbeitskräfte abgewandert als im letzten Halbjahr 1966. Von Januar bis Mai 1967 ist die Westberliner Industrieproduktion um rund 4,2 Prozent abgesunken, die der Investitionsmittelindustrie sogar um 6,9 Prozent. Nach Schätzungen des Westberliner Institutes für Wirtschaftsforschung ist zu erwarten, daß die Investitionen in diesem Jahr gegenüber 1966 um mehr als 25 bis 30 Prozent niedriger sein werden. Ende Mai wurden in West-Berlin rund 17 000 Arbeitslose gezählt. Lohnkürzungen und Sozialabbau haben in West-Berlin einen größeren Umfang angenommen als selbst in der Bundesrepublik. West-Berlin kann als „Land der Bundesrepublik“ nur leben, wenn von dem Geld der bundesdeutschen Steuerzahler Milliarden-Zuschüsse gezahlt werden.

Was aber der Situation in Berlin einen besonderen Charakter gibt, ist die Tatsache, daß durch die Aktionen der außerparlamentarischen Opposition eine politische Entwicklung in Gang gekommen ist, die aller Voraussicht nach zu einer größeren Aufgeschlossenheit des Westberliner Senats gegenüber ostdeutschen Kontakten führen wird. Nachdem die FDP in West-Berlin schon seit einiger Zeit mehr Selbstständigkeit für die Politik der Stadt gefordert hat, verlangt nun auch die Sozialdemokratische Partei auf einer Klausurtagung größere Bewegungsfreiheit. Die neue Regierende Bürgermeister West-Berlins — voraussichtlich wird er Klaus Schütz heißen — wird sich, gezwungen durch das „Glienicker Papier“ als das Resultat dieser Klausurtagung, neue Wege für die Westberliner Politik suchen müssen, oder aber er wird scheitern wie sein Vorgänger Albertz. Bedauerlich ist nur, daß vom DGB-Landesbezirk West-Berlin wenig oder gar keine Impulse für dieses notwendige Umdenken West-Berlins aus gegangen sind. sr

# Wenig Zuversicht

Die 43. Internationale Automobilausstellung in Frankfurt, der man allgemein die Rolle eines Konjunkturbarometers zugeschrieben hatte, zeigte ein wenig einheitliches Bild. Während noch zu Beginn der Ausstellung der vorsichtige Optimismus zu spüren war, daß diese Schau den Start für eine Belebung des um durchschnittlich 15 Prozent rückläufigen Automobilgeschäfts einleiten würde, hat der später bekanntgewordene „Generalverkehrsplan“ des Bundesministers Leber die Hoffnungen, vor allem auf dem Gebiete der Nutzfahrzeuge, wieder gedämpft. Lebers Verkehrsplan hat in Frankfurt schlagartig zu einer Zurückhaltung der Kaufinteressen für alle Arten von Nutzfahrzeugen geführt, obwohl ihre Anschaffung bis Oktober 1967 durch eine 10prozentige Sonderabschreibung steuerlich begünstigt wird.

Damit muß die westdeutsche Automobilindustrie die Hoffnung begraben, den in den ersten zwei Dritteln dieses Jahres erlittenen Umsatzverlust von insgesamt rund 3 Milliarden DM bis Ende des Jahres aufholen zu können. Die Automobilfertigung wird dieses Jahr günstigstens auf 2,5 bis 2,6 Millionen Fahrzeuge kommen, aber keineswegs den vorjährigen Höchststand von über drei Millionen Kraftwagen erreichen.

Die Ursachen des Rückganges der Automobilproduktion, deren Lasten die Konzerne prompt durch Kurzarbeit und Feierschichten den Automobilarbeitern aufbürdeten, war in den Krisenscheinungen zahlreicher Wirtschaftsbereiche zu suchen, die in allen Bevölkerungsschichten erhebliche Unsicherheit hervorriefen und breite Käuferschichten zur Zurückhaltung, insbesondere bei der Pkw-Anschaffung, zwangen. Hinzu kam noch, daß die Kiesinger/Brandt-Regierung in ihrem Bestreben, das Rüstungsdefizit im Staatshaushalt auszugleichen, die Kraftfahrzeugbesitzer gleich mehrmals zur Kasse bat, was insbesondere die Käufer mit mittlerem Einkommen bewog, den Autokauf zu verschieben.

Eine Aufwärtsentwicklung für die Automobilindustrie, und hier besonders der Pkw-Produktion, wird es nur geben, wenn der wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheit bei den Lohn- und Gehaltsempfängern ein rasches Ende gesetzt und den rüstungsbedingten drückenden finanziellen Belastungen breiter Schichten des Volkes ein Ende bereitet wird. Wenn darüber hinaus die Millionen Arbeitnehmer durch spürbare Lohn- und Gehalts erhöhungen in die Lage versetzt werden, wieder über ihren lebensnotwendigen Bedarf hinaus kaufen zu können, kann in der Automobilindustrie ein neuer Auftrieb erwartet werden.

# Staatsschulden zahlt der Arbeitnehmer

## Die Wirkungen der Politik des „deficit spending“ Gewerkschaften können wachsende Verschuldung nicht billigen

Die „Mittelfristige Finanzplanung“ der Großen Koalition ist ein typischer Ausdruck der undemokratischen Machtstruktur unseres Landes und der daraus entstandenen unsozialen und aggressiven Gesamtpolitik. Wenn der Anteil der Rüstungslasten am Bruttonsozialprodukt (in offensichtlichem Zusammenhang mit dem Festhalten an den Grenzen von 1937 und an den atomaren Ambitionen) wächst und der Anteil des Sozialstaats zugleich schrumpft, wenn die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter im Rahmen der „konzertierten Aktion“ zugunsten der Profite und der Anlage-Investitionen relativ zurückgeht, sollte für die Gewerkschaften ein Alarmzeichen gegeben sein. Die Vorschläge des DGB zur „Mittelfristigen Finanzplanung“ (siehe WdA vom 4. 8. 67 und weitere) tragen jedoch nicht den Charakter klarer Gegenpositionen, wie sie etwa im Grundsatzprogramm des DGB enthalten sind.

Am allerwenigsten verständlich ist die Haltung des DGB, die von Prof. Schiller betriebene Politik der weiteren Staatsverschuldung zu unterstützen. Prof. Schiller und manche Theoretiker des DGB berufen sich gerne auf den weltbekannt gewordenen britischen Ökonomie-Professor Keynes, der nach Analyse der Weltwirtschaftskrise von 1929 ein „antizyklisches Konzept“ entwarf. Danach soll der Staat in Zeiten der Hochkonjunktur Geldreserven anlegen, um bei rückläufiger Konjunktur und in Krisenphasen mit eigenen Mitteln durch staatliche Aufträge neue Arbeitsplätze und neue Nachfrage zu schaffen, damit die erschlafte Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann. Andere Varianten: In Zeiten wirtschaftlicher Rezession soll der Staat Kredite aufnehmen, eine Politik des „deficit spending“ betreiben, um neue Nachfrage zu schaffen; blüht die Konjunktur wieder, so wachsen die Steuereinnahmen, und die Schulden lassen sich tilgen. Selbst wenn sich die Schulden nicht tilgen lassen und die von der öffentlichen Hand aufgenommenen Kredite wachsen, wäre dies — wie man sagt — immer noch das „kleinere Übel“.

Die praktische Erfahrung beweist, daß Schulden der öffentlichen Hand oft nicht getilgt werden und daß die „gespendeten Defizite“ wachsen. Denkt man nur an den Tageswert dieses Konzepts, so hat es etwas für sich. Die sozialen Folgen wachsender Staatsverschuldung bleiben meist unberücksichtigt. Was Prof. Schiller und manche Theoretiker des DGB in der konkreten Situation übersehen, ist folgendes:

Als mit dem ersten Investitions-Haushalt von 1966/67 die Politik des „deficit spending“ im Sinne von Prof. Schiller begann, hatte die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hände bereits 160 Mrd. DM erreicht (siehe u.a. Statistisches Jahrbuch bzw. „WamS“ vom 16. 4. 67). Der Bund war zum Jahresende 1966 mit 40 Mrd. DM, die Länder mit 42 Mrd. DM, die Gemeinden mit 44 Mrd. DM und die Sondervermögen des Bundes einschließlich

Bahn und Post mit 36 Mrd. DM verschuldet, pro Kopf also etwa 2850 DM. Die Schulden bei Ländern und Gemeinden wären nicht entstanden, zumindest nicht in dieser Höhe, wenn der Bund im Sinne des Art. 120 GG alle inneren Kriegsfolgenschäden getragen hätte. Die Ausgaben der Länder und Gemeinden für den Wiederaufbau von zerstörten öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen — für die verfassungsrechtlich der Bund zuständig wäre — übersteigen bei weitem die Kreditaufnahme dieser Verwaltungsebenen. Der Bund aber gab seit 1950 etwa 250 Mrd. DM für Aufrüstung, Stationierungskosten und kalten Krieg aus. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hände ist also vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, rüstungsbedingt.

In einer solchen Situation hätten die Gewerkschaften im Sinne ihres Grundsatzprogramms darauf dringen müssen, daß die für staatliche Aufträge benötigten Mittel nicht durch weitere Kreditaufnahmen, sondern durch Abbau unproduktiver Staatsausgaben bereitgestellt werden. Durch völlige Streichung der Devisenhilfe für die USA (ein verschleierter Zuschuß zur Aggression in Vietnam) und der Notstandskosten, durch völligen Abbau aller Waffenkäufe im Ausland, durch eine angemessene und vertretbare Reduzierung des Personalstandes der Bundeswehr, also von etwa 20 Prozent vorläufig, wären die benötigten Investitions-Milliarden zu beschaffen gewesen. Auf diese Weise hätte man wirklich „entspannen“ und eine „neue“ Ostpolitik einleiten können.

So aber wächst mit dem Rüstungshaushalt (siehe Regierungs-„Bulletin“ vom 25. 7. 67) die Staatsverschuldung. 1967 steigt die Bundesverschuldung um etwa 12 Mrd. DM. In der „Misri“ sind von 1968 bis 1971 weitere Neuschulden von über 35 Mrd. DM eingeplant (siehe „Bulletin“ vom 8. 7. 67). Die Realverschulden aber werden um etwa 15 Mrd. DM höher liegen, weil man utopische Steuerzuwachsrate einsetzte. Länder und Gemeinden wurden aufgefordert, im Gegensatz zur bisherigen Praxis

des „Maßhaltens“ weitere Kredite aufzunehmen. Gesetze, welche die Kreditplafondierung nach oben rücken, sind bereits verabschiedet.

An eine Tilgung der Bundesschulden ist aus folgendem Grunde nicht zu denken:

Im Planungszeitraum der „Mifriji“ fallen 17 Mrd. DM Tilgungsgebühren an. Davon sollen kaum 3 Mrd. DM zurückbezahlt werden; über 14 Mrd. DM verschiebt man durch Prolongierung auf die Jahre 1972/73. (Siehe „Bulletin“ vom 8. 7. 67.) Berücksichtigt man, daß die „Konjunkturhöhe“ auf die Jahre 1951 mit + 10,9 Prozent Zuwachs des Brutto sozialen Produktes (in Preisen von 1954), 1955 mit + 12,1 Prozent, 1960 mit + 8,7 Prozent, 1964 mit + 7 Prozent fielen und die „Talsohlen“ auf die Jahre 1954 mit + 7,5 Prozent, 1958 mit + 3,2 Prozent, 1963 mit + 3,2 Prozent und 1967 mit etwa — 2 Prozent, so lassen sich durch Übertragung dieser zyklischen Intervalle von etwa vier bis fünf Jahren auf die zukünftige Entwicklung die weiteren Gipfel und Flauten bei aller Bedingtheit solcher Prognosen in etwa auszurechnen. 1969/70 dürfte der nächste Gipfel erreicht sein, wobei auf die abflachende Aufstiegskurve hinzuweisen wäre, die nächste „Talsohle“ dagegen dürfte 1972/73 mit einem weiteren Minus eintreten. Die Planer der „Mifriji“ wollen also in Zeiten der Hochkonjunktur 85 Prozent der anfallenden Tilgungssummen auf die nächste Talsohle verschieben, in der sie zur Belebung der Konjunktur erneut hohe Kredite aufnehmen müssen. Das heißt aber, daß die Staatschulden rapid weiterwachsen. Die Pro-Kopf-Verschuldung wäre 1971 bei etwa 5000 DM angelangt. Das entspricht bei nahe der Pro-Kopf-Verschuldung nach 1918! Aber sie würde sich, wenn man diese Politik nicht ändert, rasch erhöhen.

Schiebt der Staat diese Schuldenlast weiter vor sich her, so begeht er einen Betrug an der nachfolgenden Generation. Er gibt nämlich Geld aus, das unsere Jugend in späterer Zeit erst verdienen muß.

Wächst die Schuldenlast aber derartig an, wie es während heißer und kalter Kriege durch den sinnlosen Verschleiß von produktiver Arbeitskraft und wertvoller Rohstoffe bzw. durch die Zerstörung geschaffener Werte geschieht, dann schlägt die schleichende Inflation in eine galoppierende um, und der Zeitpunkt naht, wo die Schuldenlast — wie nach zwei Weltkriegen — durch eine Währungsreform „bereinigt“ wird.

Der unsoziale Charakter wachsender Staatsverschuldung ist offensichtlich. Die Gewerkschaften sind aufgerufen, der weiteren Staatsverschuldung aus sozialen Gründen entgegenzutreten und statt dessen den Abbau der parasitären Lasten zu fordern.

Lorenz Knorr

# Spiegelfechterei um Rüstungskosten

**Die Ausgaben steigen — Durchsichtige Propaganda spricht von „Senkung“ des Verteidigungsetals**

In der Diskussion um die Vorbereitung des Bundeshaushalts 1968, der ein Volumen von 80,657 Milliarden DM hat, und nach seiner Verabschiedung vom Kabinett Mitte September gab es um den Verteidigungsetal eine die Öffentlichkeit irreführende Zweckdiskussion. Die gesamte Presse in der Bundesrepublik, mit wenigen Ausnahmen, beteiligte sich daran und stellte damit die Zweifelhaftigkeit ihrer „Freiheit“ und „Unabhängigkeit“ unter Beweis.

Wochenlang trommelte an vorderster Front die Presse Axel Cäsar Springers die „Gefahr“ der verminderten Sicherheit des Bundesbürgers in die Hirne ihrer Leser, weil angeblich eine Senkung der Verteidigungsausgaben die Schlagkraft der Bundeswehr gefährde. Die „energischen Männer“ in Bonn um Franz-Josef Strauß und Kiesinger seien dabei, vor allem am Wehretat kräftig den Rotstift anzusetzen; 2 Milliarden DM solle die Kürzung beragen.

Inzwischen weiß man, daß es der Sozialstaat ist, aus dem weit mehr als nur 2 Milliarden DM herausgestrichen wurden, der Rüstungsetal jedoch ungeschoren geblieben ist. Er wurde vielmehr von 18,5 Milliarden 1967 auf 18,7 Milliarden DM 1968 erhöht. Das hinderte jedoch die Presse nicht, von einer Kürzung der Verteidigungskosten um 1,4 Milliarden DM zu schreiben und diese mit der Veröffentlichung von Etatzzahlen zu „belegen“. Danach betrugen die Verteidigungskosten 1967 19,593 Milliarden

DM, 1968 aber nur 18,175 Milliarden DM. Diese Zahlen sind sogar richtig, aber man muß den Trick kennen, wie der Eindruck einer Senkung (gewiß mit dem Ziel, die Kritik an der Kürzung des Sozialstaats zu bremsen) manipuliert wurde.

Die cleveren Politiker und Journalisten vergleichen nämlich zwei nicht vergleichbare Größen: die 19,593 Milliarden für 1967 setzen sich aus dem Planansatz von 19,390 Mrd. und den 203,5 Mill. aus dem I. Investitions haushalt zusammen, vermindern sich aber um fast 1 Milliarde Vorauszahlungen an die USA, so daß nur 18,5 Milliarden DM verfügbar bleiben. Die 18,175 Milliarden für 1968 sind aber nur der nackte Planansatz. Sie erhöhen sich noch um über 500 Millionen DM aus anderen Posten, so daß tatsächlich 18,7 Milliarden DM, also 200 Millionen mehr als 1967 verfügbar sind. (Siehe auch untenstehende Tabelle aus dem „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“ vom 25. 7. 67.) -ie-

**Übersicht  
über die Entwicklung der Verfügungssummen für die militärische Verteidigung  
in den Rechnungsjahren 1966 bis 1971**

	1966	1967	1968	1969	1970	1971
	— in Mrd. DM —					
a) Einzelplan 14 lt. Finanzplan zuzüglich:	18,36	19,39*	18,18	18,86	19,70	20,30
b) Besoldungsverbesserungen	—	—	0,27	0,63	1,03	1,46
	18,36	19,39	18,45	19,49	20,73	21,76
c) zuzüglich: Auflösung Devisenkonten USA von rd. 3,2 Mrd. DM — Ende 1967 — (Verteilung auf die einzelnen Jahre ge- schätzt)	—	—	1,00	0,90	0,80	0,50
	18,36	19,39	19,45	20,39	21,53	22,26
d) abzüglich: Tilgung kurzfristiger Ver- schuldung für Sonderzahlung USA	—	—	0,70	0,30	0,25	0,25
	18,36	19,39	18,75	20,09	21,28	22,01
e) abzüglich: Vorauszahlungen USA für künftige Rechnungsjahre rd.	1,00	0,94	—	—	—	—
f) Verfügungssumme für die militärische Verteidigung rd.	17,4	18,5	18,7	20,1	21,3	22,0
g) Steigerung gegenüber Vor- jahr in v. H.	—	+ 6,3	+ 1,1	+ 7,5	+ 6,0	+ 3,3

\* Ohne I. Investitions haushalt 1967 (203,5 Mill. DM) sowie ohne die weiteren Maßnahmen des 2. Investitions haushalts (weitere 150 Mill. DM)

# Aufschwung durch mehr Nachfrage

**Winter bringt wieder steigende Arbeitslosenziffern  
Anreiz für Unternehmer keine Investitionsgarantie**

Die Annahme der mittelfristigen Finanzplanung durch den Bundestag veranlaßt die offizielle Wirtschaftspolitik in Bonn wieder einmal zu lautem Zweckoptimismus. Bundeswirtschaftsminister Schiller ruft dazu auf, „ans Werk zu gehen“, als ob die arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik nur darauf gewartet haben, daß es nun endlich ernst wird mit der Vollmacht für die Koalitionsregierung, den vorgesehenen Abbau der Sozialausgaben in den nächsten Jahren zu verwirklichen.

Es ist jedoch keinerlei Grund vorhanden, die Konjunkturlage für die westdeutsche Wirtschaft in den nächsten Monaten rosig zu sehen, weil in Bonn die finanziellen Zügel noch stärker angezogen und mit dem zweiten Eventualhaushalt den Unternehmern neue Geschenke gemacht werden. Die Wirklichkeit ergibt sich aus den Daten, die aus der Wirtschafts- und Industriestatistik abzulesen sind — nicht aus Schillers Wunschvorstellungen.

Im ersten Quartal dieses Jahres ist das Nettosozialprodukt der Bundesrepublik nicht mehr gewachsen, und im zweiten Quartal ist es um 2 Prozent gesunken. Ein Jahr vorher war es noch um 7 bzw. 7,5 Prozent gestiegen. Fast eine Million Arbeitnehmer waren im Juni 1967 weniger beschäftigt als ein Jahr vorher: Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit liegt um rund 300 000 höher als vor einem Jahr. Weitere 300 000 leere Arbeitsplätze kommen auf das Konto der exportierten Arbeitslosigkeit, die Entlassung von ausländischen Arbeitskräften. Und der Rest — also mehr als 300 000 Abgänge — entfällt auf die nicht sichtbare Arbeitslosigkeit, nämlich die Entlassung von arbeitswilligen Rentnern. In der Industrie ist damit gegenwärtig jeder zehnte und im Baugewerbe sogar jeder siebente Arbeitsplatz verlustig gegangen.

Es besteht wenig Aussicht, daß diese Millionen Arbeitsplätze bald wieder besetzt werden können. In der „Welt“ meinte man am 6. September über die Aussichten für den kommenden Winter: „Eine anhaltende Frostperiode könnte die Arbeitslosenzahlen durchaus noch höher klettern lassen als bis auf 673 000, den Höchststand von Ende Februar 1967.“ Aber in der Umgebung Axel Springers ist man, genau wie in den Vorständen der großen Konzerngesellschaften, offensichtlich über diese Aussicht keineswegs betrübt. Ganz im Gegenteil — immer noch preist man in diesen Kreisen die Segnungen der Arbeitslosigkeit und des von ihr ausgelösten Drucks auf den Arbeitsmarkt und die Tarifpolitik:

„Nach wie vor überwiegt die Auffassung, daß es unserem Volke und seinen arbeitenden Menschen nicht geschadet hat, daß ihm die Gefahren, die jeder Wirtschaft drohen, wieder ein-

mal ins Gedächtnis gerufen und vor Augen geführt worden sind“, heißt es in der gleichen Ausgabe der „Welt“. „So hart es das Schicksal mit einzelnen Menschen, vom Unternehmer bis zum Hilfsarbeiter, gemeint haben mag: Im ganzen gesehen überwogen gerade im Arbeitsleben die positiven Effekte der konjunkturellen Dämpfung. Die Irrwege der Überbeschäftigung wurden weithin als solche erkannt. Die Arbeitsmoral verbesserte sich.“

Die „positiven Aspekte“ — darunter versteht man vor allem das Absinken der nominalen Bruttowochenverdienste trotz weiterer Preisseigerungen. So ging der Durchschnittsverdienst pro Woche im April 1967 von 199 DM auf 197 DM zurück. Als einen anderen „positiven Aspekt“ sehen die Unternehmer das Absinken des offiziellen Krankenstandes an, der darauf beruht, daß viele Arbeiter und Angestellte den Gang zum Arzt aus Sorge um den Arbeitsplatz nicht wagen.

In Wirklichkeit braucht die Wirtschaft der Bundesrepublik gegenwärtig das Gegenteil von dem, was die offizielle Wirtschaftspolitik betreibt. Sie braucht keine Steuernachlässe und auf Pump erteilte Staatsaufträge für die Konzerne, sondern dringend eine Erhöhung der Nachfrage durch die Verbraucher.

## Hersfelder Tuchfabrik schließt

Tuch GmbH., Bad Hersfeld, verlieren zum Jahresende ihren Arbeitsplatz. Das Unternehmen wird die Produktion einstellen. Es ist die letzte Tuchfabrik im zweitgrößten Textilzentrum der Bundesrepublik. Das Unternehmen ist eines von vielen Opfern der Rationalisierung und Überkapazität in der Textilindustrie. Für die betroffenen Arbeitskräfte stehen nach Aussagen der Unternehmensleitung keine verwandten Arbeitsplätze zur Verfügung.

Die Rationalisierung in der Textilindustrie der Bundesrepublik hat in nur zwölf Monaten zur Verringerung der Beschäftigtenzahl um 50 000 geführt. Zehntausende arbeiten kurz.

Schon am 15. Juli forderten 13 namhafte Wirtschaftswissenschaftler eine tiefgreifende und grundlegende Veränderung der Einkommen- und Lohnsteuersätze zugunsten der Bezieher niedriger und zu Lasten der Bezieher hoher Einkommen“, um den individuellen Konsum anzuregen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bemerkte am 28. Juli in seinem Wochenbericht: „Unabdingbar ist daher eine Mobilisierung zusätzlicher privater Verbrauchsausgaben.“

Aus diesem Grunde sollte nach Ansicht des DIW eine Senkung der Einkommensteuer für jeden Erwerbstätigen um monatlich etwa 40 DM vorgenommen werden und möglichst außerdem eine entsprechende Erhöhung der Einkommen der Arbeitslosen. Gerade die untersten Einkommenschichten, die zusätzliche Einnahmen sofort nachfragewirksam einzusetzen, sollten bei einer solchen Aktion begünstigt werden, meinte das Institut. Liest man die Forderungen, die der DGB Anfang August erhob, so ist festzustellen, daß die Gewerkschaften und namhafte Kreise der Wirtschaftswissenschaft sehr ähnliche Ansichten über die notwendige Therapie für die bundesrepublikanische Wirtschaft haben. Der DGB ist der Ansicht, die Finanzmisere könne im Interesse weiteren wirtschaftlichen Wachstums nur durch höhere Belastung der Großeinkommen und durch Einsparungen im Verteidigungshaushalt überwunden werden.

Darum geht es gegenwärtig tatsächlich: Die Wirtschaft muß von den Lasten der übersteigerter Rüstung befreit und der Haushalt muß zu Lasten der Konzerne saniert werden. Die Produktionskapazitäten der westdeutschen Industrie sind nur zu dreiviertel ausgelastet. Neue Geschenke an die Unternehmer führen nicht unbedingt zu verstärkten Investitionen. Sie können sogar veranlaßt werden, noch mehr Kapital zu exportieren (einem Netto-Kapitalimport lang- und kurzfristiger Mittel von 1,4 Milliarden im ersten Halbjahr 1966 steht ein solcher Export von 6,1 Milliarden DM im ersten Halbjahr 1967 gegenüber). Der beste Anreiz für Investitionen ist ein hohes Masseneinkommen und verbunden damit eine stärkere Nachfrage.

Eine vernünftige und soziale Wirtschaftspolitik darf nicht in erster Linie die Steigerung der Profite, sondern sie muß die Erhöhung der Löhne und Gehälter zum Ziel haben. Ohne diese Maßnahmen ist eine Belebung der Wirtschaft schwer denkbar und eine Sicherung der Arbeitsplätze nicht möglich. Steuersenkungen sind ein gangbarer Weg, die effektiven Löhne zu erhöhen. Eine nennenswerte Lohnerhöhung ist aber nur dann zu erreichen, wenn die Betriebsbelegschaften sich nicht nur jedem Sozialabbau entschieden widersetzen, sondern zusammen mit den Gewerkschaften wieder eine aktive Lohnpolitik verwirklichen.

# Vom Holzpflug zum Weltraumschiff

**Vor 50 Jahren erschütterte die russische Oktoberrevolution die alte Ordnung der Welt — Beginn eines neuen Zeitalters**

50 Jahre Sowjetmacht haben das Antlitz der Welt entscheidend gewandelt; sie haben das Gefüge der kapitalistischen Welt in den Grundfesten erschüttert. Von den revolutionären wissenschaftlichen Erkenntnissen von Karl Marx beeinflußt, organisiert durch die politische Strategie W. I. Lenins, entwickelte sich vor 50 Jahren die erste erfolgreiche sozialistische Revolution. Die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft des industriell rückständigen Rußlands überwanden die zaristische Tyrannie und Ausbeutung. Am 7. November 1967 jährt sich der Beginn dieser Revolution zum 50. Male.

Was zunächst nur als utopisches Wunschnbild einer Handvoll bolschewistischer Revolutionäre bespöttelt oder angefeindet wurde, erwies sich in der Folge nicht nur als äußerst lebensfähig, sondern entwickelte sich immer mehr zum lebendigen Beweis dafür, daß sich gesellschaftlicher Fortschritt und wirtschaftlicher Aufstieg ohne kapitalistische Herrschaft schneller vollziehen. Der Aufschwung der sowjetischen Wirtschaft und Wissenschaft, der aus dem ehemaligen halbfeudalen Agrarstaat, in dem das Analphabetentum vorherrschte, in fünf Jahrzehnten einen führenden Industriestaat machte, hat die historische Existenzberechtigung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert widerlegt. Heute hat das „russische Wunder“ dem „American way of life“ den Rang abgelaufen.

Worauf konnten die Sowjets 1917 aufbauen? Die Wirtschaft war hinter den entwickelten Ländern des Westens weit (man sagte um hundert Jahre) zurück. Rußland besaß eine Agrarstruktur. Der Maschinenbau hatte nur einen Anteil von 6 Prozent an der russischen Industrie. Das Hüttenwesen erreichte kaum 5 Prozent, und die Produktion von Autos, Motoren u. a. m. fehlte ganz. Wenn man noch hinzufügt, daß Analphabetentum und schreckliche Armut ebenfalls zu diesem Mosaik gehören, dann wird verständlich, wieviel Explosivstoff sich in Rußland angesammelt hatte, der die soziale Revolution begünstigte; man ahnt aber zugleich, wie schwer der Neubeginn für die Sowjetmacht wurde. Zudem vertiefte Bürgerkrieg und ausländische Intervention zu Beginn der zwanziger Jahre die Schwierigkeiten. War es ein Wunder, daß angesichts dieser Lage nur wenige von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Land, umgeben von kapitalistischen Feinden, überzeugt waren?

Der Verlauf der Geschichte gab Lenin und den Bolschewiki recht. Wohl dauerte es bis 1926, ehe die Sowjetunion wieder das industrielle Vorkriegsniveau erreichte, aber von diesem Zeitpunkt bis zur Gegenwart verzeich-

net die UdSSR eine durchschnittliche Wachstumsrate der Industrie von über 11 Prozent. Während der Anteil Rußlands an der Weltindustrieproduktion im Jahre 1913 2,6 Prozent betrug (USA 38,2 Prozent), hat er sich in der Folgezeit schnell vergrößert. Im Zeitraum 1929—1965 wuchs die USA-Industrie jährlich um 4 Prozent, obwohl der Krieg die Konjunktur dort begünstigte. Die Sowjetunion verzeichnete eine Wachstumsrate von 11,1 Prozent, obwohl ihre Industrieproduktion durch die Kriegseinwirkungen erst 1948 wieder den Vorkriegsstand von 1940 erreichte. Jetzt ist die UdSSR die zweitgrößte Industriemacht nach den USA und auf dem besten Weg, deren Produktionsvolumen zu erreichen.

Diese Leistung wird noch erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß die junge Sowjetmacht sich auf keinerlei Erfahrungen sozialistischer Wirtschaftsmodelle stützen konnte. Sie mußte die ersten Schritte gehen, Erfahrungen sammeln und geeignete Führungskräfte heranbilden. Trotz allem ging es in der Sowjetunion besser voran als im Kapitalismus, und das ist allein dem Vorzug des Systems zuzuschreiben, das anstelle der Profitwirtschaft eine planmäßige Entwicklung der Wirtschaft betreibt.

Gegenüber 1913 produzierte die sowjetische Industrie 1966 das 66fache. Während damals jedoch die Produktionsmittelherstellung nur 35 Prozent ausmachte, mußte in der Folgezeit eine schwerindustrielle Basis geschaffen werden. Heute beträgt der Anteil der Produktionsmittelherstellung an der Industrieproduktion etwa 75 Prozent. Das ist ein sehr hoher Anteil, der jetzt durch ein schnelleres Wachstum der Konsumgüterproduktion geringer werden soll.

Die sowjetischen Experten und Politiker sind sich durchaus der Tatsache bewußt, daß die Wirtschaft noch Mängel aufweist. Aber diese Mängel sind grundsätzlich anderer Art als hierzulande. Für die Sowjetunion war es eine Existenzfrage, die Produktions-

mittelerzeugung mit diesem Vorrang zu behandeln. Der Aufbau der eigenen Wirtschaft, der ohne ausländische Hilfe erfolgen mußte, sowie die notwendige Sicherung der Verteidigungskraft erforderten das zwingend. Die Ergebnisse sind diese: Gegenüber 1913 wuchs die Produktion von Produktionsmitteln auf das 155fache und von Energie auf das 266fache.

Das ist zweifellos eine imponierende Leistung des sowjetischen Wirtschaftssystems, die verständlicherweise nur erfolgen konnte, weil das Volk mit einer geringeren Wachstumsrate des Lebensstandards vorlieb nahm. Trotzdem verbesserten sich die Realeinkünfte der Industriearbeiter um das 6,6fache und die der Bauern um das 8,5fache. Vor allem in den letzten Jahren besserten sich die Lebensverhältnisse immer rascher.

In den letzten 10 Jahren hat etwa die Hälfte aller Menschen neue Häuser oder neue Wohnungen bezogen. Die Arbeitswoche wurde 1967 für Industriearbeiter auf 41 Stunden bei fünf Arbeitstagen herabgesetzt. Sie ist damit um 18 Stunden geringer als 1913. Auch die Löhne steigen. Das Durchschnittseinkommen ist von 1958 bis 1966 von 77,8 auf 99 Rubel (1 Rubel = 4,40 DM) gestiegen. Es soll sich bis 1970 wieder um 20 Prozent erhöhen. So verbessern sich im Gefolge der wirtschaftlichen Möglichkeiten auch die Lebensverhältnisse. Die Daten setzen der Volkswirtschaftsplan, der unter Beteiligung der Gewerkschaften und aller interessierter Bürger entsteht.

Und noch etwas muß an dieser Stelle hervorgehoben werden: Die UdSSR hat selbst in Zeiten größter Not keine Anstrengungen und Mittel gescheut, das Bildungsniveau des ganzen Volkes zu heben. Heute haben fast 50 v. H. aller Arbeiter eine abgeschlossene oder unvollendete Oberschulausbildung. Das Land verfügt über 13 Millionen Techniker und Ingenieure gegen 200 000 im Jahre 1913. Mit der Realisierung des alten Traums der Arbeiterbewegung, der „Bildung für alle“, hat die Sowjetunion den Grundstein für schnellen Fortschritt und echte menschliche Befreiung gelegt.

Das alles sind Ergebnisse dieser historischen Revolution, die aus dem rückständigen Rußland die moderne Weltmacht Sowjetunion entstehen ließ, deren Vertreter aber keineswegs dem Rausch ihrer Macht erlegen sind und ihr System in die anderen Staaten exportieren wollen. Die Sowjets wollen mit den kapitalistischen Staaten in Koexistenz leben. Sie sind der Überzeugung, daß ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches System in freier Konkurrenz dem westlichen System überlegen sei, weil es den Bedürfnissen des Volkes gerechter wird.

Heinz Czymek

# Tarifpolitik mit Komplikationen

## Wachsende Unzufriedenheit mit der Hinhaltefotakt Übersicht über tarifpolitische Situation im Herbst

So zähflüssig wie in diesem Sommer und Herbst war die Tarifpolitik der Gewerkschaften noch nie. Die Unternehmer und Brandien, die gesunden und die kranken, versuchen weiterhin und mit zunehmender Intensität, sich auf Kosten der Arbeiter und Angestellten entweder zusätzlich zu bereichern oder aber doch wenigstens „gesundzustoßen“. Die einen nutzen die tatsächliche oder vorgetäuschte wirtschaftliche Lage ihrer Unternehmen, um den Arbeitnehmern das Letzte abzufordern; die andern nutzen lediglich die Stimmung, die Gelegenheit. Alle zusammen aber sind sich einig, es den Gewerkschaften in diesem Jahr so schwer wie nur möglich zu machen.

Aus diesen Gründen ist die gegenwärtige tarifpolitische Lage von langwierigen Verhandlungen, niedrigen Tariflohnnerhöhungen, die meistens nicht effektiv werden, und von nicht vollzogenen Tarifvertragskündigungen seitens der Gewerkschaften gekennzeichnet. Gleichzeitig steigen die Preise, steigt die Produktivität je Arbeitsstunde und werden in den Betrieben der Industrie die Akkorde, übertariflichen Zulagen, Pausen, Fahrgeldzuschüsse, Prämien, Weihnachtsgeld usw. gekürzt oder kurzerhand gestrichen. Aber die Situation ist auch von zunehmender Ungeduld und wachsender Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer gegen solcherlei Drangsalierungen gekennzeichnet. Es ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Gewerkschaften immer weniger Grund haben, auf mangelnde Unterstützung „von unten“ als Ursache für ihre manchmal erstaunliche Zurückhaltung bei der Verfolgung berechtigter Arbeitnehmerinteressen zu verweisen.

Ein Überblick über den Stand der Tarifbewegung Ende September 1967 zeigt folgende Situation:

In der metallverarbeitenden Industrie besteht der tariflose Zustand schon seit drei Monaten. Die Geduld der Gewerkschaft und der Betriebsbelegschaften erschöpft sich zunehmend. Die Verhandlungen, in denen die Tarifkommissionen der IG Metall die Absicherung der Effektivverdienste anstreben und die Metallindustriellen die Verlängerung des abgelaufenen Tarifvertrages bis Februar 1968 verlangen, werden immer ergebnislos vertragl. Allerdings hat die IG Metall jetzt begonnen, die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber zu durchkreuzen. In den Tarifbezirken Nordwürttemberg-Nordbaden, Hessen und Hamburg erklärte sie die Verhandlungen für gescheitert. Es ist zu erwarten, daß die Gewerkschaft in den übrigen Tarifgebieten ebenso verfährt.

Dadurch, daß die Schlichtungsmaschinerie in Gang gesetzt wird, gelingt es der IG Metall, die Initiative zurückzugewinnen. Dem nutzlosen Verhandeln kann ein Ende gesetzt werden. Zwar haben die Unternehmer die Möglichkeit, die Schiedsprüche abzulehnen, ebenso wie auch die Gewerkschaft, aber sie sehen sich dann einer

veränderten Situation gegenüber, in der die Gewerkschaft Handlungsfreiheit zu Kampfmaßnahmen hat. In Nordwürttemberg-Nordbaden sind die Gespräche über den Abschluß eines neuen Lohnrahmentarifvertrages und über die Absicherung der Effektivverdienste bereits am 13. September gescheitert. Für die IG Metall besteht — nach Ablauf der vierwöchigen Friedenspflicht — die Möglichkeit zum Einsatz gewerkschaftlicher Machtmittel somit ab 13. Oktober.

Auch in den übrigen Tarifbezirken steuert die Entwicklung auf diesen Punkt zu. „Metall“ vom 19. 9. 67, das Organ der IG Metall, schreibt in diesem Zusammenhang: „In den Betrieben wächst täglich der Unmut darüber, daß die Verhandlungen über die berechtigte Forderung der Arbeitnehmer nach Verdienstabsicherung von den Industriellen offensichtlich auf die lange Bank geschoben werden. Und das gilt nicht etwa nur für Baden-Württemberg. Auch in den anderen Tarifgebieten sind die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie nicht länger gewillt, sich an der Nase herumführen zu lassen.“

Die IG Metall wird sich jetzt bemühen müssen, ihren berechtigten Forderungen, die lediglich den sozialen Besitzstand sichern und keine neuen Kostenbelastungen für die Betriebe bringen sollen, mit größerem Nachdruck als bisher zu vertreten. Wenn in den nächsten Wochen in dieser Hinsicht von gewerkschaftlicher Seite nichts Entscheidendes getan wird, kommt die IG Metall in gefährliche Nähe jenes Zeitpunktes, bis zu dem die Metallindustriellen die Lohnpause auszudehnen gedenken.

Die im öffentlichen Dienst im Juli begonnenen und Ende September fortgesetzten Tarifgespräche sind abermals ohne Ergebnis, und zwar auf den 18. Oktober, verlagert worden. Die Arbeitgeber — Bund, Länder und Gemeinden — erklärten sich wieder nicht in der Lage, ein Angebot zu unterbreiten.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr fordert für die rund 1,6 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes die stufenweise Verkürzung der Ar-

beitszeit von 44 auf 40 Wochenenden. Die Grundvergütungen der Angestellten sollen um 4,5 Prozent und die Ecklöhne der Arbeiter um 15 Pfennig die Stunde aufgebessert werden. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft fordert eine Gehaltsaufbesserung um 5 Prozent.

Der OTV-Vorsitzende, Heinz Klunkner, hat die Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden wegen ihrer Hin-

## Streik bei Continental

In allen drei hannoverschen Werken der Continental Gummi AG kam es Anfang September zu einem spontanen Warnstreik, an dem sich große Teile der Belegschaften beteiligten. Die Arbeiter von Conti wollten damit die Direktion vor dem weiteren Abbau übertariflicher Leistungen warnen. Nachdem schon 1966 eine „laufende Prämie“ von 20 Pfennig die Stunde gestrichen worden war, kam jetzt auch die Jahresgratifikation ins Gespräch. Die Direktion wollte keine Garantie für die Weiterzahlung der Prämie in voller Höhe geben. Sie weigerte sich außerdem, die Zahlung der Jahresleistungsprämie im Lohn- und Gehaltsvertrag, über den zur Zeit verhandelt wird, festzulegen.

Daraufhin traten die Conti-Arbeiter in den Streik, was zunächst zu der Versicherung der Direktion führte, umgehend eine verbindliche Aussage über die Prämie machen zu wollen.

## Ende des Fliesenleger-Streiks

Nach mehr als zweimonatigem Streik haben die Fliesenleger in Nordrhein-Westfalen einer Kompromißlösung zugestimmt und die Arbeit wieder aufgenommen. Nachdem die rund 5500 Fliesenleger einen ersten Kompromißvorschlag, der stärkere Kürzungen der Akkordsätze vorsah, abgelehnt hatten, billigten die Tarifkommissionen in den beiden Bezirken Nordrhein und Westfalen einen zweiten Vorschlag, der gegenüber den alten Akkordsätzen Kürzungen um 5,1 Prozent vorsieht.

Die Unternehmer sind mit ihrer ursprünglichen Absicht, die Akkordsätze um durchschnittlich ein Drittel (!) zu kürzen, gescheitert. Der zähe Streikkampf hat nahezu den alten Standard sichern können. Allerdings haben auch die Fliesenleger Terrain aufgeben müssen, weil die besonderen Bedingungen in dieser Branche — Kleinstbetriebe und zügiger Vormarsch der Kunststoffindustrie — die Fortführung des Kampfes fragwürdig werden ließen. Die Fliesenleger haben dennoch mit Erfolg gekämpft und auch den Arbeitnehmern anderer Branchen, die von der sozialen Reaktion betroffen sind, das Beispiel gegeben, wie diese Angriffe auf den Lebensstandard beantwortet werden müssen.

haltetaktik scharf kritisiert. Im Juli hatte es geheißen, die öffentliche Hand sei wegen der Konjunkturflaute nicht vor dem Herbst in der Lage, ein Angebot zu unterbreiten. Während aber die Minister Schiller und Strauß und alle möglichen Regierungspolitiker von einem „Ende des Abschwungs“, von „leichter Besserung“ und von „Hoffnung“ für die Wirtschaft reden, erklären sich ihre Beauftragten in Tarifverhandlungen „wegen der schlechten Wirtschaftslage“ außerstande, Zugeständnisse an die Arbeiter und Angestellten zu machen.

Auch die Tarifverhandlungen für die Arbeiter und Angestellten bei Bundesbahn und Bundespost, die parallel zu denen im öffentlichen Dienst geführt werden, sind auf den 18. und 19. Oktober verschoben worden. Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und die Deutsche Postgewerkschaft fordern ebenfalls Lohn- und Gehaltsaufbesserungen um 4,5 Prozent und die Einführung der 40-Stunden-Woche.

Für etwa 150 000 Beschäftigte der Steine- und Erdenindustrie hat die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden im September neue Lohn- und Gehaltstarifverträge abschließen können. Die durchschnittlichen Erhöhungen der Lohn- und Gehaltssätze betragen 2,5 bis 3 Prozent. Für rund 100 000 weitere Beschäftigte dieses Industriezweiges laufen noch Verhandlungen.

Zwischen den Arbeitgebern und der IG Druck und Papier haben im September erste Gespräche über die tarifpolitische Situation im graphischen Gewerbe stattgefunden. Die IG Druck und Papier hat auf die mögliche Kündigung der Tarifverträge verzichtet und statt dessen Verhandlungen über den Abschluß eines Rationalisierungsschutzvertrages gefordert. Nach den Vorstellungen der Gewerkschaft sollen die Kündigungsfristen auf drei bis sechs Monate verlängert und Entschädigungen für Infolge Rationalisierung Entlassene zwischen 6 und 52 Wochenlöhnen gezahlt werden. Arbeitnehmern über 55 Jahre, die schon 20 Jahre im Betrieb sind, dürfe weder zur Lohnminderung noch zur Entlassung gekündigt werden.

Diese Entscheidung des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, die Lohntarifverträge nicht zu kündigen, ist in den Druckereien zum Teil sehr kritisch aufgenommen worden.

Auch in der Textilindustrie wird es nach dem Willen des Vorstandes der Gewerkschaft Textil — Bekleidung in diesem Jahr keine Kündigung der Lohntarifverträge geben. Die Gewerkschaft argumentiert, daß die Krise in der Textilindustrie am schärfsten aufgetreten sei. In nur zwölf Monaten seien 50000 Textilarbeiter durch Rationalisierung und Auftragsmangel brotlos geworden. Es sei darum die vordringlichste Aufgabe, Einkommen und Arbeitsplätze der Textilarbeiter vertraglich abzusichern. Die Gewerkschaft Textil — Bekleidung fordert von den Arbeitgebern den Abschluß eines Rationalisierungsschutzvertrages. K. K.

## Abwehrstreiks gegen Willkür

In den Betrieben wächst Empörung über Lohnabbau  
Unterstützung für IG Metall bei Tarifverhandlungen

Das Selbstbewußtsein der durch den Konjunkturrückschlag zunächst irritierten Arbeitnehmer scheint sich wieder gesteift zu haben. Die Zahl der Abwehrstreiks gegen die Kürzung von Akkordvorgaben, übertariflicher Bezahlung und die Streichung von Prämien, Weihnachtsgeld usw., kurz: gegen den Sozialabbau in den Betrieben, nimmt zu. Die Arbeitnehmer wehren sich immer häufiger und immer nachdrücklicher, wenn ihnen die Früchte langjährigen gewerkschaftlichen Kampfes genommen werden sollen.

Wenn man die eindrucksvollen Streikämpfe der nordrhein-westfälischen Fliesenleger und der Glasarbeiter Nordwestdeutschlands ausnimmt, so ergibt sich, daß in den letzten Wochen eine ganze Serie von Streiks in der metallverarbeitenden Industrie stattfand. Sicherlich wird man diese Tatsache im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Tarifkonflikt in der Metallindustrie sehen müssen. Die Verschleppungstaktik der Unternehmer, die Verhandlungen über die tarifliche Absicherung der Effektiveinkommen vermeiden oder auf die lange Bank schieben wollen, ruft in den Betrieben zunehmend Verärgerung und Empörung hervor. Dafür einige Beispiele:

In einem dreitägigen Streik erzwangen 400 Arbeiter des AEG-Werkes in Mülheim/Ruhr die Rücknahme einer angekündigten Akkordlohnkürzung um 20 Prozent, die am 1. Dezember wirksam werden sollte. Die Verdienstausfälle hätten sich auf 130 bis 200 DM im Monat belaufen. Die Werksleitung hatte empfohlen, diesen Einkommensausfall durch Leistungssteigerung wettzumachen. Unter dem Druck des Streiks sahen sich die Werksleitung und der AEG-Vorstand in Verhandlungen mit dem Betriebsrat und dem AEG-Gesamtbetriebsrat genötigt, die bestehenden Akkordrichtsätze „bis zu einer baldigen Überprüfung“ beizubehalten. Das heißt, daß die Mülheimer AEG-Arbeiter weiterhin auf der Hut sein müssen.

Um die Kürzung der Akkorde ging es im September auch bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln. Aus den 16 000 Beschäftigten des Unternehmens hatte sich die Betriebsleitung die 4000 Akkordarbeiter herausgepickt, denen sie die Sätze um 3 bis 15 Prozent kürzen will. Auch der Betriebsrat, der unter dem Druck der Geschäftsleitung und die Kampfentschlossenheit der Arbeiter unterschätzend, eine entsprechende Vereinbarung schon unterschrieben hatte, geriet in die Schußlinie. Mehrmals traten Tausende von Arbeitern in den Streik und versammelten sich protestierend vor dem Verwaltungsgebäude. Bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe war es nicht gelungen, die Kürzung zu annullieren.

Bei der Firma Ilo-Rockwell in Pinneberg bei Hamburg wehrten sich die Beschäftigten mit einem spontanen

Streik gegen die administrative Einführung von Stechuhrn unter Bedingungen, die zu einer Lohnschmälerung geführt hätten. Nach längeren Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung und IG Metall sowie Betriebsrat wurde schließlich eine Vereinbarung über die Aufstellung von Zeitschreibuhren erzielt, die den Interessen beider Seiten gerecht wird. Die Firma verzichtete ausdrücklich auf Repressalien gegenüber Belegschaftsmitgliedern, die sich an der Arbeitsniederlegung beteiligt hatten.

Ebenfalls zu spontanen und kurzen Arbeitsniederlegungen kam es bei Daimler-Benz in Mannheim, der Rheinischen Transport-Anlagen GmbH in Mannheim-Rheinau und in der Eisengießerei Weber & Co. in West-Berlin. Im ersten Falle sollte rund 100 Beschäftigten der Abteilung Getriebbau der Akkordrichtsatz für einige Arbeitsvorgänge gekürzt werden. Diese Absicht der Geschäftsleitung wurde mit einem Kurzstreik vereitelt. In dem Transport-Anlagen-Werk sollten alle übertariflichen Zulagen gestrichen werden. Die 240köpfige Belegschaft reagierte mit der Arbeitsniederlegung und zwang so die Geschäftsleitung zur Rücknahme der bereits ausgesprochenen Änderungskündigung. In der Berliner Eisengießerei schließlich sollten die Akkordvorgabezeiten um 30 Prozent gekürzt werden. Nach dem Streik stellte die Geschäftsleitung ihre Absicht vorerst zurück.

Zu heftigen Demonstrationen von 4000 Beschäftigten der Oberhausener Gutehoffnungshütte kam es Anfang September auf dem Werksgelände. Die Demonstranten protestierten gegen den Beschluß des GHH-Vorstandes, in diesem Jahr an die 8500 Belegschaftsmitglieder kein Weihnachtsgeld zu zahlen, um auf diese Weise über 3 Millionen DM einzusparen. Der Kampf der Belegschaft um das Weihnachtsgeld ist noch nicht abgeschlossen.

Diese Kämpfe liefern allen Arbeitern und Angestellten, die sich in gleicher Weise von den Unternehmern bedrängt sehen, Beispiele für eine wirksame Abwehrreaktion. Insbesondere dürfen die Metallarbeiter daraus die Kraft schöpfen, in der sich seit Monaten hinschleppenden Tarifbewegung jetzt eine schärfere Gangart vorzulegen.

# Die Wirklichkeit bestätigt Marx

## Konzentrationswelle in der Stahlindustrie Arbeitsplätze von Zehntausenden gefährdet

Die professionellen „Marx-Töter“ haben es wirklich nicht einfach. Hundert Jahre alt ist das Hauptwerk von Karl Marx, „Das Kapital“, und seit hundert Jahren wird versucht, die angebliche „Fragwürdigkeit“ marxistischer Erkenntnisse zu beweisen. Im „Handelsblatt“ vom 19. September 1967 unternimmt nun Herr Antonius John einen sehr unzulänglichen Versuch, Marx zu widerlegen. Man muß ihm bescheinigen, daß er es wirklich ungeschickt anfängt, Marx dort anzugreifen, wo selbst bösartige Kritiker die Richtigkeit Marxscher Auffassungen nicht mehr zu bezweifeln wagen, und zwar hinsichtlich der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals.

Antonius John gibt folgendes von sich: „In wesentlichen Punkten jedoch hat Karl Marx unrecht. Die wirtschaftliche Entwicklung führt nicht zur Konzentration, sondern zugleich zu einem Anwachsen der Klein- und Mittelbetriebe.“ Abgesehen von dieser seltsamen Logik — „... führt nicht zur Konzentration, sondern zugleich ...“ usw., also doch Konzentration — ist es unerfindlich, welchen Wirtschaftszweig Herr John bei seinen Auslassungen im Auge hatte. Denn wohin man auch blickt, sei es die chemische Industrie, die elektrotechnische Industrie, die Werftindustrie, die Automobilindustrie, überall vollzieht sich ein rascher Konzentrationsprozeß.

Ganz bestimmt kann John auch nicht die Eisen- und Stahlindustrie gemeint haben. 1951, nach der sogenannten Entflechtung, gab es noch 23 selbständige Stahlgesellschaften. Seit diesem Zeitpunkt wurde in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie fusioniert, konzentriert und kartellisiert, und Thyssen-Chef Sohl schätzt, daß es in wenigen Jahren nur noch zwei bis drei selbständige Stahlkonzerne geben wird.

Es sei daran erinnert, daß erst ein Jahr vergangen ist, seit sich im Sommer 1966 die westdeutschen Stahlkonzerne zu vier Syndikaten zusammenschlossen, die sich den unverbindlichen Namen „Walzstahlkontor“ zulegten. Bundeswirtschaftsminister Schiller bezeichnete diese monopolistische Einrichtung als „Trainingszentren für dringend notwendige Unternehmefusionen“. Unternehmerfreund Schiller hatte leider nur allzu recht. Ein Jahr ging ins Land, und schon schluckte die August-Thyssen-Hütte AG (ATH) die Hüttenwerke Oberhausen AG (Hoag), nachdem sich zuvor schon die Hoesch-Westfalenhütte mit der Dortmund-Hörder-Hütten-Union verband. Es sind auch ernsthafte Verhandlungen zwischen den Hüttenwerkkomplexen des Krupp- und des Klöckner-Konzerns im Gange, die, wie „Der Volkswirt“ am 15. 9. 1967 schrieb, möglicherweise zum Kristallisierungspunkt auch für andere Stahlgesellschaften werden könnte.

Vier Unternehmungen — Krupp, Mannesmann, ATH und Hoag — wollen

in Rotterdam eine Erzumschlaganlage errichten, die mit einer Kapazität von 16 bis 17 Mill. Tonnen eine der größten dieser Art in der Welt sein soll. Die Zusammenschlüsse erfolgen mit dem Ziel, die Profite zu erhöhen, und sie erfolgen vor allem auf dem Rücken der Beschäftigten in der Stahlindustrie. Thyssen - Cheftechniker Brandriet seinem Generaldirektor Sohl bereits vor einem Jahr, die Hüttenwerke Oberhausen zu kaufen und dann sogleich stillzulegen. Was er hinsichtlich der mehr als 20 000 Beschäftigten der Hoag empfahl, wurde nicht publiziert. Aber die Praktiken der Stahlkonzerne sind bekannt. Allein von Mitte 1966 bis Mitte 1967 verloren 30 000 Stahlarbeiter ihren Arbeitsplatz. Dabei wird es aber nicht bleiben. Durch die gegenwärtigen Konzentrationsvorgänge werden weitere Zehntausende Stahlarbeiter aus den Hüttenwerken an Rhein und Ruhr, dem Saar- und dem Salzgittergebiet herausrationalisiert.

Die Hoag hat jetzt eine vollkontinuierliche Drahtwalzstraße in Betrieb genommen mit der höchsten Monatserzeugung, die je in der Welt erreicht wurde. Die ATH baut bei ihrer Tochtergesellschaft Niederrheinische Hütte mit einem Kostenaufwand von 80 Mill. DM ebenfalls eine moderne Walzstraße, die 1968 in Betrieb genommen wird. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß eine der beiden neuerrichteten Anlagen stillgelegt wird, wie dies im Ruhrbergbau mit modernsten Schachtanlagen geschah.

Angesichts solcher Tatsachen nimmt es nicht wunder, daß das Großkapital verzweifte Versuche unternimmt, um die Lehren von Marx von der Arbeiterschaft fernzuhalten; denn Marx zeigt im „Kapital“ die Bewegungsgesetze des Kapitalismus, seine Entwicklung und seine Grenzen.

Die privatkapitalistischen Stahlkonzerne sind selbst mit aktiver Unterstützung des Staates nicht mehr in der Lage, den Interessen der Volksirtschaft und damit den Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger gerecht zu werden. Die Überführung der Eisen- und Stahlindustrie in Gemeineigentum ist längst überfällig, ebenso

wie die Verwirklichung der vollen Mitbestimmung und der volkswirtschaftlichen Planung.

Nur durch eine demokratische Planung besteht die Möglichkeit, die Perspektiven dieses Industriezweiges zu erfassen, nicht nur, um eine moderne Stahlindustrie aufzubauen, sondern zugleich die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um den Arbeitern und Angestellten in der Eisen- und Stahlindustrie die Arbeitsplätze zu erhalten. Nur so ist es möglich, die Verschlechterungen des sozialen Besitzstandes der Arbeitnehmer in der Stahlindustrie zu verhindern und ihre sozialen Verhältnisse so zu verbessern, wie dies den Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht.

Dr. Tu.

## DGB lehnt griechischen Faschismus ab

Auf einer Pressekonferenz in Bonn deckte das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Günter Stephan die Wühlarbeit griechischer Stellen in der Bundesrepublik gegen oppositionelle griechische Gastarbeiter auf. Danach sind die Athener Botschaft und die griechischen Kommissionen bei den Arbeitsämtern bemüht, die ausländischen Arbeiter auf den politischen Kurs des faschistischen Militärregimes in Griechenland einzuschwören. Mit Spitzeltätigkeit und Repressalien werde versucht, die Opposition unter den griechischen Arbeitern gegen die politischen Zustände in ihrem Heimatland zu unterdrücken. Dem DGB seien mehrere Fälle von Verhaftungen griechischer Arbeiter bei ihrer Rückkehr in die Heimat bekannt. Dem Bundesinnenministerium warf Stephan an Hand eines Dokuments aus der griechischen Botschaft in Bonn vor, Bütteldienste gegen die griechischen Arbeiter zugesichert zu haben. Der DGB Hamburg hat jegliche Kontakte zur offiziellen griechischen Regierungskommission in der Hansestadt abgebrochen und die Entfernung der Kommission aus den Räumen des Arbeitsamtes verlangt.

In einem Bericht über die Herrschaft der Putschgenerale in Griechenland schreibt das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ am 15. 9. 1967, die Motive des Putsches und die nachfolgenden Maßnahmen hätten die Initiatoren eindeutig als Faschisten entlarvt. Eine Militärclique und Teile der herrschenden Klasse hätten nach den Wahlen vom 28. Mai die Demokratisierung des Staates und soziale Reformen gefürchtet. Die Gefahr eines kommunistischen Umsurzes sei nur ein Vorwand gewesen. Es komme jetzt darauf an, alles zu unterlassen, was das Athener Regime stützt, und alles zu tun, was die griechische Opposition und die Arbeiter und Studenten in der Bundesrepublik stärkt und schützt.

# Fusionen bedrohen Mitbestimmung

## Zusammenschlüsse beschleunigen Arbeitsplatzverluste Thyssen-Stahlimperium das größte in Westeuropa

In der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie steht eine neue Fusion bevor: Die August-Thyssen-Hütte AG und die Hüttenwerke Oberhausen AG wollen sich zusammenschließen. Wie beide Konzerne bekanntgaben, soll nach Genehmigung der Fusion durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel von der August-Thyssen-Hütte den HOAG-Aktionären ein Umtauschangebot gemacht werden. Zehn HOAG-Aktien werden gegen sechs ATH-Aktien zuzüglich eines Barbefrages von 10 Prozent des Normalwertes der eingelauschten ATH-Aktien gewechselt.

Die August - Thyssen - Hütte AG hat jetzt ein Grundkapital von 756 Millionen DM. Großaktionäre sind die Vermögensverwaltung der Gräfin Anita Zichy-Thyssen und die Fritz-Thyssen-Stiftung. Die Hüttenwerke Oberhausen AG verfügt über ein Grundkapital von 260 Millionen DM, das sich vor allem im Besitz von Mitgliedern der Familie Haniel befindet.

Der Thyssen-Konzern, der bereits jetzt der größte westeuropäische Stahlerzeuger ist, wird nach der Fusion jährlich rund 10 Millionen Tonnen Rohstahl produzieren, einen Fremdumsatz von etwa 8 Milliarden DM erreichen und 110 000 Arbeitnehmer beschäftigen. Auf das Thyssen-Imperium werden dann statt jetzt 22 rund 28 Prozent der Rohstahlerzeugung der Bundesrepublik entfallen.

Gefahr durch die ständigen Fusionen droht im Moment vor allem der qualifizierten Mitbestimmung in der Montanindustrie. Während die Zahl der Gesellschaften mit Mitbestimmungsrechten immer mehr zurückgeht (von 116 im Jahre 1951 auf gegenwärtig nur noch 60), lassen die Stahlkonzerne nichts unversucht, um mit Hilfe der verschiedensten staatlichen Institutionen und Einrichtungen die qualifizierte Mitbestimmung zu liquidieren. Damit verfolgen sie nicht nur das Ziel, die bescheidenen Ansätze eines gesellschaftspolitischen Fortschrittes rückgängig zu machen, sondern auch die Lasten der fortschreitenden Konzentration und Rationalisierung voll den Arbeitnehmern aufzubürden zu können.

So sind allein im Jahre 1966 rund 20 000 Beschäftigte der Stahlindustrie Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer gefallen. Daß sich der Trend des Belegschaftsabbaus inzwischen weiter verschärft hat, geht daraus hervor, daß in der Zeit von Juli 1966 bis Juli 1967 die Zahl der Beschäftigten um 30 600 zurückging, worunter sich erstmals auch 3500 Angestellte befanden. Nach Schätzungen der IG Metall werden künftig jährlich in der Stahlindustrie zwischen 15 000 bis 20 000 Beschäftigte freigesetzt.

Die IG Metall, so erklärte Willi Michels vom geschäftsführenden Gewerkschaftsvorstand, verschließe sich keineswegs der Notwendigkeit unumgänglicher Rationalisierungsmaßnahmen. Der Zeitpunkt sei aber gekommen, an dem betriebliche Lösungen nicht mehr ausreichten, sondern der Staat, die Unternehmer, die Gewerkschaften und die Betriebsräte gemeinsam an der Bewältigung von Strukturveränderungen arbeiten müßten.

Aus dieser Feststellung gilt es nun Konsequenzen zu ziehen. Es wäre in diesem Zusammenhang angebracht, wenn der Gewerkschaftsvorstand nach gründlicher Vorbereitung eine Konferenz von Funktionären und Betriebsräten aus der Stahlindustrie einberufen würde, die die Aufgabe hätte, entsprechende wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitische Vorschläge für diesen Wirtschaftsbereich zu erarbeiten und Maßnahmen für ihre Realisierung festzulegen. G.

## Gleitz geht - Kaßmann kommt

Was maßgebliche Gewerkschaftsvertreter, aber auch zahlreiche Funktionäre und Mitglieder der SPD in Nordrhein-Westfalen auf Grund gezielter Indiskretionen aus der Düsseldorfer Staatskanzlei schon seit Wochen befürchtet hatten, ist jetzt eingetreten: NRW-Ministerpräsident Kühn hat sich von Wirtschaftsminister Prof. Gleitz getrennt. Angesichts der Großen Koalition in Bonn und der unverhohlenen Absicht der rechten sozialdemokratischen Führer um Herbert Wehner, die SPD auf Gedeih und Verderb an

die Politik der Unionsparteien zu ketten und jegliche Alternative in der eigenen Partei zu unterbinden, kommt die Nachricht vom "Rücktritt" Prof. Gleitzes für viele nicht überraschend. Mit Bruno Gleitz war ein Vertreter der Gewerkschaften in das Düsseldorfer Kabinett berufen worden, der jahrelang an der Spitze des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB gestanden hatte. Von ihm erhofften sich insbesondere die Gewerkschafter eine wirtschaftspolitische Konzeption, die die Montanindustrie an

## Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik

Entsprechend dem Beschuß des 7. Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik 1966 in Dortmund, findet ein außerordentlicher Gewerkschaftstag zur Erledigung der zurückgestellten Anträge zum Beitrags- und Unterstützungsessen am 30. und 31. Oktober 1967 in Hannover statt. Die 336 Delegierten des Dortmunder Gewerkschaftstages werden jetzt in Hannover die notwendigen Entscheidungen treffen.

Die Problematik verdient deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil die IG Chemie sich die Aufgabe gestellt hat, das gewerkschaftliche Unterstützungsessen zu "modernisieren". So soll beispielsweise künftig beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben eine einmalige größere Summe gezahlt werden, die sich nach der Beitragshöhe und der Dauer der Mitgliedschaft richtet.

Die Streikunterstützung soll so weit verbessert werden, daß sie als "Leistung mit Verdienstausfallcharakter" zu bezeichnen ist. Wer beispielsweise Beiträge entsprechend einem Einkommen von monatlich 800 DM gezahlt hat, soll im Streikfalle nach drei Monaten Gewerkschaftszugehörigkeit 510, nach einem Jahr 595 oder nach drei Jahren sogar 680 DM bekommen. Diese Sätze liegen höher als die Arbeitslosenunterstützung oder die Altersrente.

---

Rhein und Ruhr endlich aus der Krise herausführt, der krisenfälligen NRW-Wirtschaft einen neuen Aufschwung bereitet, der Misere der Kommunen ein Ende setzt, die Demokratisierung in Wirtschaft und Staat befürwortet und für die arbeitende Bevölkerung wieder ein Minimum an sozialer Sicherheit schafft.

Die in Gleitz gesetzten Hoffnungen haben sich jedoch nicht erfüllt. Daran sind nicht nur die heftigen Attacken der CDU in Bonn und Düsseldorf sowie der Widerstand gegen ihn in den eigenen Reihen schuld. Gleitz hat geschwiegen, wo es zu kämpfen galt, und konnte sich nicht dazu aufzuschwingen, entsprechend dem Wählerauftrag, etwas zu tun, was gegebenenfalls den Unwillen von Bundesregierung und Unternehmern hervorgerufen hätte. Er resignierte schließlich und machte es somit seinen potentiellen Widersachern leicht, auf seinen "Rücktritt" hinzuarbeiten.

Zum Nachfolger von Gleitz hat Ministerpräsident Kühn den Minister für Bundesangelegenheiten, Dr. Fritz Kaßmann, berufen. Kaßmann, Rittergutsbesitzer und Direktor der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, ist nicht der Kandidat der Gewerkschaften, die das Wirtschaftsressort des Landes Nordrhein-Westfalen viel lieber in den Händen von Arbeitsdirektor Dr. Harald Koch gesehen hätten.

# Aus Kontakten wurden Verbindungen

## Die Gegner der Verständigung wählen intensiver Gewerkschaften nehmen historische Aufgabe wahr

Wir haben es bereits in der September-Ausgabe von NACHRICHTEN festgestellt: Die kalten Krieger im Lande, die Gegner gewerkschaftlicher Ostkontakte werden aktiver. Nachdem die ersten Kontakte zu Gewerkschaftsorganisationen in den sozialistischen Ländern Osteuropas von den meisten DGB-Gewerkschaften und vom DGB selbst hergestellt und zahlreiche Gegenbesuche erfolgt sind, nachdem aus Kontakten feste Verbindungen geworden sind, wie die Deutsche Postgewerkschaft das formulierte, versuchen die Quertreiber mit einem neuen Kraftakt, den Zug der Verständigung entgleisen zu lassen.

Zu dem Kreis der „Verständigungsschwärmer“, wenn's um Reden geht, und der eckigen Bremsklötze, wenn's um Taten geht, ist nun auch der SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentsvizepräsident Karl Mommer gestoßen. Er fühlte sich genötigt, die Gewerkschaften und besonders den DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg öffentlich anzuecken und vor dem „Glatteis“ zu warnen, auf das sie sich begeben hätten. Die „Entwicklung im DGB“ bereite ihm Sorge, meinte Mommer, und dann sagte er noch was von einem „überzeugten Mitglied der Gewerkschaften“, damit meinte er sich. Die „Welt der Arbeit“ vom 15. 9. 67 sah sich zu diesem Konterschlag gezwungen: „Die Warner werden gebeten, auf dem Teppich zu bleiben. Eine Verbrüderung mit den Kommunisten wird nicht stattfinden.“

Nun geht es bei den Auslassungen gegen die Verständigungsbemühungen nach Osten nicht um Karl Mommer. Er ist seit eh und je als vergnatzter Antikommunist bekannt. Sein Antikommunismus ist weniger politisch als krankhaft. Man kann darüber hinweggehen. Aber hinter dem vorgeschnittenen Mommer stehen jene, deren Antikommunismus Strategie ist, und deren Konzept muß man sehr ernst nehmen. Dahinter steht die Große Koalition.

Die Zeitung der Postgewerkschaft im DGB, „Deutsche Post“, Nr. 9/1967 beschäftigt sich aus gleichem Anlaß mit den „skeptischen und übelwollenden“ Kritikern unserer Gewerkschaften. Sie schreibt: „In ihren Kommentaren werden sie nicht müde, die westdeutschen Gewerkschafter vor den dialektisch geschulten kommunistischen Funktionären zu warnen. Sie können sich ihre Warnungen schenken. Merkwürdig, daß diese besorgten Demokraten niemals den geringsten Anstoß daran nahmen, wenn Kaufleute und Wirtschaftsmanager die Länder des Ostblocks besuchten und dort mit Parteisekretären und Ministern gute Geschäfte abschlossen. Wer den Sowjets ein Stahlwerk verkauft (das dann ja für den Aufbau des verhaften Sozialismus arbeitet), kann hier immer damit rechnen, als Botschafter guten Willens gepriesen zu werden. Dem Profitstreben gebührt in dieser sonder-

baren Betrachtungsweise stets und allezeit der Vorrang.“

Mit dieser Feststellung wurde etwas sehr Wahres ausgesprochen. Dem Profitstreben gebührt der Vorrang; nicht nur in der Wirtschaft, auch in der Politik. Wir erleben das zur Zeit an den Maßnahmen der mittelfristigen Finanzplanung, die der Wirtschaft Vorteile und den Arbeitnehmern und Rentnern Lasten beschert. Wir beobachten das an den sogenannten Konjunkturmaßnahmen, die allesamt auf Profitanreiz statt auf Nachfragestärkung hinauslaufen. Das gleiche auch in der Ostpolitik, Deutschlandpolitik, Rüstung usw. Immer werden die Entscheidungen so getroffen, daß sie die Kapitalistenklasse begünstigen. Das war so unter Adenauer und Erhard, das ist unter Kiesinger/Brandt nicht anders.

Die Scharfschüsse Mommers gegen die Ostaktivität des DGB widerspiegeln ein politisches Konzept der Großen Koalition, die offenbar nicht will, daß der antikommunistische Komplex in der Arbeiterschaft vermindert wird, was ja eine zwangsläufige Folge dieser gewerkschaftlichen Ostkontakte sein wird. Sie wünscht auch nicht, daß daraus — beinahe ebenfalls zwangsläufig — Kontakte zu DDR-Gewerkschaften entstehen, weil die DDR dann in den Köpfen der Arbeiter und Angestellten nicht mehr so leicht der „Buhmann“ sein kann, der sie nach dem Willen unserer Scharfmacher noch auf Dauer zu sein hat. Die Attacken gegen die gewerkschaftlichen Ostkontakte sind eine wohlüberlegte Notwehraktion derjenigen, die ihre politische Gesamtkonzeption bedroht und ihr antikommunistisches Pulver naß werden sehen. Verständigung der Arbeitnehmer und gegenseitige Informierung „aus erster Hand“ können nämlich die Pläne jener zunichte machen, die im Osten die Landkarte verändern möchten.

Die Gewerkschaften und der DGB haben die richtige Schlußfolgerung gezogen, wenn sie erklären, die Verbindungen zu den kommunistischen Gewerkschaften weiter ausbauen zu wollen. Sie beweisen damit den im Grundsatzprogramm erklärten Willen zu Frieden und Verständigung. Die eigent-

liche „neue Ostpolitik“ wird seit einiger Zeit in Wahrheit von den Gewerkschaften betrieben. Die anderen aber, die dem DGB Knüppel zwischen die Beine werfen, wenn er nach Moskau reist, reden nur davon. Bedauerlich und bezeichnend, daß zu diesen anderen die sozialdemokratische Parteiführung gehört. Gerd Siebert

## „Wiedervereinigungsausschuß“ prüft Kontaktfrage

Der DGB-Bundesvorstand hat am 5. September 1967 auf seiner ordentlichen Sitzung über das Problem der Kontaktaufnahme zwischen DGB und FDGB beraten. In der Sitzung wurde Einigung darüber erzielt, diese Frage weiterzuverfolgen, und zwar soll die Diskussion im sogenannten „Wiedervereinigungsausschuß“ des DGB, der schon seit Jahren nicht mehr tätig wurde, weitergeführt werden.

Nach allem, was über die Debatte im Bundesvorstand bekanntgeworden ist, hat es keine Einmütigkeit, ja sogar heftige Auseinandersetzungen gegeben. Dabei haben die Vertreter der IG Metall, der IG Chemie-Papier-Keramik, der Gewerkschaft OTV und der Deutschen Postgewerkschaft auf der Seite der grundsätzlichen Befürworter einer Kontaktaufnahme zum FDGB gestanden, die jedoch nicht so bald und nur als Ausdruck der Einmütigkeit der DGB-Gewerkschaften in dieser Frage erfolgen soll. Bedenken gegen eine solche Initiative äußerten u. a. der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg und sein Stellvertreter Bernhard Tacke.

## Postgewerkschaft: DGB muß Antikontaktbeschuß überprüfen

In einer zweitägigen Hauptvorstandssitzung Mitte September in West-Berlin hat die Deutsche Postgewerkschaft im DGB die Fortführung und Erweiterung ihrer Verbindung zu gleichartigen Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern beschlossen. Es soll nunmehr auch den Landesbezirksvorständen überlassen werden, Delegationsreisen zu arrangieren und Besucher einzuladen. Die Kontaktpflege, die in der Spurte begann, soll nun weiter nach unten verlagert und gestaltet werden.

Besondere Beachtung fand der Beschuß des erweiterten Hauptvorstandes, seine Vertreter im DGB-Bundesvorstand zu beauftragen, beim DGB auf eine Überprüfung des Antikontaktbeschlusses bezüglich des FDGB hinzuwirken. Die Deutsche Postgewerkschaft beabsichtigt nicht, von sich aus gegenwärtig in Kontakt zu DDR-Gewerkschaften zu treten. Sie befürwortet eine Abstimmung der Meinungen im DGB-Bundesvorstand, will aber nicht warten, bis dies irgendwann einmal geschieht, sondern die Entwicklung dahin beschleunigen.

# Gedankenaustausch in Leipzig

## 2000 westdeutsche Teilnehmer auf der Arbeiterkonferenz DGB-Gewerkschaften üben noch immer Zurückhaltung

Zum 26. Ma'e, nun schon zur Tradition geworden, wurde in Leipzig während der Messe die Deutsche Arbeiterkonferenz durchgeführt. Veranstalter war wieder der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR, nach dessen Angaben im September rund 2000 Westdeutsche an den vorbereitenden Gesprächen in den Betrieben und an der Konferenz selbst teilgenommen haben. Auf der Tagesordnung standen Fragen der Friedenssicherung, der Demokratie und der sozialen Sicherheit der Arbeiterschaft. Sie wurden im Plenum und in Arbeitskreisen diskutiert.

Im Brennpunkt der Kritik standen das gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale System in der Bundesrepublik, dessen Unfähigkeit, Demokratie und Existenzsicherheit für die werktätigen Menschen zu garantieren, sich gerade jetzt wieder erweise. Ein westdeutscher Redner sagte, das bundesdeutschen Wirtschaftssystem, das nur einer kleinen Minderheit, den Besitzern der Betriebe und Banken, große Reichtümer und Macht in die Hände gebe, lasse keine soziale Symmetrie zu. Infolgedessen und angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftsmisere sowie der Tatsache, daß nach wie vor die CDU/CSU die Grundzüge der Politik bestimme, sei es für die westdeutschen Gewerkschaften noch notwendiger geworden, eine der Arbeiterschaft dienende Alternativpolitik zu entwickeln und durchzusetzen.

Es dürfe nicht länger geduldet werden, sagte der Redner, daß die Forderung nach Erweiterung gewerkschaftlicher Mitbestimmungsrechte in Wirtschaft und Unternehmen auf die lange Bank geschoben werde. Die Verteidigung des sozialen Besitzstandes und die Sicherung der Arbeitsplätze sei eine erstrangige gewerkschaftliche Kampftaufgabe geworden.

**Unter Hinweis auf die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes, wonach „Eigentum verpflichtet“ und sein Gebrauch dem „Wohle der Allgemeinheit dienen“ muß, forderte der Sprecher als gewerkschaftspolitisches Ziel eine demokratische Kontrolle des Eigentums an Produktionsmitteln.**

Ein Funktionär der in der Bundesrepublik verbotenen KPD, Josef Ledwohn, benutzte die Gelegenheit, vor den westdeutschen Konferenzteilnehmern den Standpunkt der Kommunistischen Partei darzulegen. Dabei zeigte sich weitgehende Übereinstimmung mit den Auffassungen der DGB-Gewerkschaften.

Im politischen Bereich forderte Ledwohn als vordringlich die Verhinderung der Notstandsgesetzgebung. Niemand dürfe glauben, im Kampf gegen diese Gesetzentwürfe gebe es noch viel Zeit. Eine erfolgreiche Abwehr dieser „Diktatursätze“ könne zugleich der Auftakt für einen erfolgreichen Kampf um echte Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Staat

sein. Ferner ermunterte der Redner die westdeutschen Gewerkschaften, ihre Ablehnung des amerikanischen Krieges in Vietnam schärfer zu akzentuieren. Von der Bundesregierung müsse gefordert werden, jede Hilfe für diesen schmutzigen Krieg einzustellen. Die Bundesregierung müsse in der Deutschlandpolitik den Alleinvertretungsanspruch fallenlassen, die DDR und die bestehenden Grenzen in Europa anerkennen und den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnen.

Auch der KPD-Sprecher kritisierte die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung, die die Monopole begünstige und die Arbeitnehmer und Rentner die Zeche der Mißwirtschaft bezahlen lasse. Der wirksamste Kampf der Gewerkschaften gegen die reaktionäre Welle in den Betrieben sei die Verteidigung und tarifliche Absicherung der Effektivlöhne und der Kampf um höhere Löhne und Gehälter.

Ledwohn appellierte an die Konferenzteilnehmer, sich für die Wiederzulassung der KPD einzusetzen, die den Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und allen demokratischen Volkschichten eine wertvolle Hilfe im Ringen um Demokratie und sozialen Fortschritt sein könne. „Bei uns muß endlich“, sagte er, „wie in Frankreich, Italien und anderen Ländern eine kraftvolle Linksentwicklung eingeleitet werden.“

Diese gesamte Problematik beschäftigte auch die übrigen Redner und Diskussionssprecher. In zehn Arbeitskreisen gab es lebhafte Diskussionen von und zwischen Teilnehmern aus der Bundesrepublik und der DDR. Ohne Zweifel wäre das Leipziger Forum ein akzeptabler Ort und geeignet, auch offiziellen Vertretern und Beobachtern des DGB und seiner Gewerkschaften Rede und Antwort zu stehen. Wenn sich die DGB-Gewerkschaften entschließen könnten, ihre bisherige Reserviertheit in dieser Angelegenheit aufzugeben, könnten die Leipziger Arbeiterkonferenzen der Ort werden, an dem die Arbeitnehmervertreter aus beiden deutschen Staaten gemeinsam interessierende Fragen und Probleme, die beide Seiten betreffen, beraten. Gewinnen dürfte dabei nur die Arbeiterschaft. G. G.

# 100 Jahre „Kapital“

Der Kapitalist beutet die menschliche Arbeitskraft aus, um sich persönlich zu bereichern und seine wirtschaftliche und politische Macht zu vergrößern. Das einzige Ziel kapitalistischer Produktion ist der Profit. Die kapitalistische Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der die Mehrheit der Menschen durch eine winzige Minderheit ausbeutet wird. Die Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft: auf der einen Seite die Klasse der Produktionsmittelbesitzer, auf der anderen Seite die des Proletariats, das seine Arbeitskraft verdingen muß, um leben zu können, und auf diese Weise den Reichtum und die Macht der Minderheit schafft.

Mit diesen Thesen im Band I des „Kapitals“ von Karl Marx schockierte vor hundert Jahren der große Wissenschaftler und Philosoph die feinen Bürgersleute auf dem europäischen Kontinent und in England. Genau hundert Jahre waren am 14. September vergangen, seit 1867 im Hamburger Verlag Otto Meissner der erste Band von Marxens „Das Kapital“ erschien. In dieser Zeit ist „Das Kapital“ wohl zum meistgelesenen und auflagenstärksten wissenschaftlichen Buch in der Welt geworden.

Was Karl Marx vor hundert Jahren an wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Lehrsätzen formulierte, haben seitdem Legionen von „Marxtötern“ nicht aus der Welt schaffen können: Die Arbeit ist die einzige Wertquelle, an der sich die Kapitalistenklasse bereichert; die aus Besitz und Besitzlosigkeit im ökonomischen Sinne resultierenden Klassengegensätze zwischen Arbeitnehmern und Kapitalisten sind unüberwindbar und führen zu immer neuen Klassenkämpfen. —

Wenn auch aus dem „Proletarier“ des vorigen Jahrhunderts der „Arbeitnehmer“ der Gegenwart gemacht wurde und wenn sich die Welt des Fahrrades, der Petroleumlampe und der Dampfmaschine in eine Welt von Autos, Elektrizität und Raumfahrt verwandelt hat, so sind doch die wesentlichen Merkmale des Kapitalismus — Lohnarbeit, Antagonismus der Interessen sowie Besitzlosigkeit an Produktionsmitteln auf der einen und ungeheure wirtschaftliche Machtzusammenballung auf der anderen Seite — erhalten geblieben.

Man kann das Werk von Karl Marx nicht würdigen, ohne zu bemerken, daß seine Erkenntnisse wesentliche Voraussetzungen dafür waren, daß die von ihm bekämpfte kapitalistische Profitordnung in großen Teilen des europäischen und asiatischen Kontinents überwunden werden konnte. Und es gehört auch der Hinweis dazu, daß er es stets als Aufgabe der Gewerkschaften betrachtete, mitzuhelpen, die Gesellschaft zu verändern und den Kapitalismus zu überwinden. Sb.

## Die Mehrwertsteuer ist unsocial

Nach dem Anfang September 1967 die August - Thyssen - Hütte AG die Übernahme der Hüttenwerke Oberhausen bekanntgegeben hatte, erklärten jetzt die Nutzfahrzeughersteller Henschel-Kassel und Hanomag-Hannover (beide Rheinstahlkonzern) ihre Absicht, künftig in einer Kooperation zusammenzuarbeiten. Zweifellos dürfte es sich dabei schon um die Vorbereitung der späteren Fusion handeln, zumal der Vorstandsvorsitzende von Henschel, Lange, auf der Frankfurter Automobilausstellung erklärte, daß die Zusammenarbeit auch eine „Koppelung von Kapitalinteressen“ notwendig mache.

Da die Kapazitäten für die Produktion von Lastwagen und Spezialfahrzeugen, wie Henschel und Hanomag sie bauen, nur zur Hälfte ausgenutzt sind, muß damit gerechnet werden, daß die beginnende Konzentration in dieser Branche zu umfangreichen Entlassungen führen wird, weil die Unternehmer hoffen, sich auf Kosten der Arbeiter und Angestellten „gesund-schrumpfen“ zu können. Für die IG Metall ist darum Wachsamkeit beizutragen angebracht. Die gesetzlichen Belegschaftsvertretungen beider Unternehmen sollten darum eine eingehende Informierung der Mitglieder der Wirtschaftsausschüsse und der Gewerkschaft durch die Unternehmensleitung über die weiteren Pläne verlangen.

### Anhaltender Aufschwung der DDR-Wirtschaft

Die Planwirtschaft der DDR hat im ersten Halbjahr 1967 weitere Erfolge errungen. Zu dieser Feststellung kommt das Westberliner Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Bericht. Danach hat die Wachstumsrate der gesamten DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 6,5 Prozent betragen. Die Leichtindustrie habe ihre Produktion sogar um 7,2 Prozent und die chemische Industrie um 8,4 Prozent steigern können. Die Produktion der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sei um 4 Prozent gewachsen. Die Produktionszahlen der DDR ließen eine günstige Übereinstimmung von Planung und Wirklichkeit erkennen, betont das DIW.

### Neues DGB-Haus eingeweiht

Das neue Verwaltungshochhaus des Deutschen Gewerkschaftsbundes an der Kennedy-Allee in Düsseldorf ist jetzt vom DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg offiziell seiner Bestimmung übergeben worden. Das Haus war schon im Juni bezogen worden. Es trägt, wie das frühere an der Stromstraße, das einem Brückenbau weichen mußte, den Namen des ersten DGB-Vorsitzenden, Hans Böckler.

Regierung erwartet 5 bis 6 Mrd. mehr Steuereinnahmen  
Vorteile für die Großen — Nachteile für die Verbraucher

Mit der Verkündung des neuen Umsatzsteuergesetzes tritt am 1. Januar 1968 ein neues Umsatzsteuersystem mit veränderten Steuersätzen und neuen Erhebungsmethoden, die sogenannte Mehrwertsteuer, in Kraft. Seit 1916 wird in Deutschland Umsatzsteuer erhoben, und zwar mit einem Hebesatz, der sich von 1 Prozent mit beträchtlichen Schwankungen auf 3 Prozent im Jahre 1946 nach oben bewegte. 1951 wurde er auf 4 Prozent gesetzt, und es ist bezeichnend, daß diese letzte Anhebung des Umsatzsteuersatzes mit der beginnenden Wiederaufistung einherging. Der erhöhte Finanzbedarf zur Deckung der Rüstungsausgaben wurde mit der Umsatzsteuer zu einem Teil auf die Verbraucher abgewälzt.

Nach dem alten Umsatzsteuerverfahren wird bei jedem Umsatz (Verkauf, Dienstleistungen usw.) Steuer in jeder Produktions- und Handelsstufe neu erhoben. Ihr Satz betrug im allgemeinen 4 Prozent auf den jeweiligen gesamten Warenpreis, einschließlich aller bisher in ihm enthaltenen Steuern. Die Umsatzsteuer ging in die Kosten ein und wurde in der Regel über den Preis auf die jeweilig nächste Stufe bis zum Konsumenten abgewälzt. Das führte dazu, daß Waren, die mehrere Produktions- und Handelsstufen durchliefen, mehrfach belastet wurden und die durchschnittliche Warenverteuerung nach Schätzung der Steuersachverständigen bei 9,09 Prozent liegt.

Diese Regelung hat verschiedene Nachteile. Sie führt z. B. zur Verzerrung des Wettbewerbs, insbesondere auch beim Export. Vor allem hat die Umsatzsteuer einen ausgesprochen unsocialen Charakter, denn sie belastet ausschließlich den Verbraucher und erhöht die Preise aller Konsumgüter. Von einer Steuerreform hätte also erwartet werden müssen, daß sie eine Entlastung der Verbraucher bringt und im Interesse der Konjunkturbelbung Preissenkungen möglich macht. Das aber ist bei der neuen Regelung keineswegs der Fall.

Die neue Umsatzsteuer ist als Mehrwertsteuer konstruiert. Das besagt, daß in jeder Produktions- und Handelsstufe der neugeschaffene Wert (eigentlich der Preiszuwachs) besteuert wird (daher auch Nettoumsatzsteuer gegenüber Bruttoumsatzsteuer der alten Umsatzsteuerform). Dazu wird ein anderes Erhebungsverfahren eingeführt.

Während die bisherige Umsatzsteuer auf den gesamten Umsatz, das heißt: die Summe aller Verkaufs- und Dienstleistungen, erhoben wird, gilt jetzt die Technik des Vorsteuerabzuges. Dafür stellt der Lieferant dem Empfänger einer Ware oder Leistung den Nettopreis in Rechnung und weist den darauf abzuführenden Mehrsteuerbetrag besonders aus. Als Steuerschuld gegenüber dem Finanzamt braucht er jedoch nur den Differenzbetrag zwischen den Umsatzsteuer-

beträgen, die er in seinen Rechnungen ausweist, und der von seinen Lieferanten aufgegebenen Vorsteuer zu bezahlen. Die Mehrwertsteuer ist dann bei der Warenkalkulation nur ein durchlaufender Posten, den der Unternehmer bei Absatz seiner Ware wieder zurückhält — sie ist kein Kostenbestandteil mehr. Der Steuerzahler ist nun eindeutig der letzte Konsument der Ware, das heißt, die Mehrwertsteuer belastet ausschließlich die Millionen Verbraucher.

Der Steuersatz sollte zunächst 10 Prozent betragen. Nach dem Beschuß der Bundesregierung wird er aber am 1. 7. 1968 auf 11 Prozent erhöht werden. Allerdings steht die Zustimmung des Bundestages noch aus. Für landwirtschaftliche Erzeugnisse, gewisse Lebensmittel, Druckerzeugnisse, Leistungen der freien Berufe, Theater u. ä., gilt ein ermäßigter Satz von 5 bzw. 5,5 Prozent ab 1. 7. 1968. Befreit von der Mehrwertsteuer sind die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, das Kreditgeschäft, Umsätze der Versicherungsgesellschaften und verschiedene soziale Leistungen, wie auch die Bundespost.

Durch die Neukonstruktion der Umsatzsteuer wird in gewissem Maße der objektiven Tendenz nach verstärkter Internationalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen der EWG Rechnung getragen. Die Bundesrepublik folgt bei der Realisierung der Forderung nach „Steuerharmonisierung“ innerhalb der EWG dem französischen Beispiel. Auch kann es ein Vorteil sein, wenn anstelle der bisherigen unterschiedlichen Steuerbelastung der Ware jetzt die Preise unabhängig von den verschiedenen Produktionsstufen mit dem gleichen Steuersatz belastet sind. Aber die Einführung der Mehrwertsteuer ist mit erheblichen Nachteilen für die Bevölkerung gekoppelt.

Wie die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung über die vorzeitige Erhöhung der Umsatzsteuer im Rahmen der sogenannten mittelfristigen Finanzplanung beweisen, will die Bundesregierung mit dem neuen Umsatzsteuerverfahren vornehmlich höhere Haushaltseinnahmen erzielen. Die Ein-

führung der Mehrwertsteuer soll ein wesentliches Mittel sein, den wachsenden Widerspruch zwischen den wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Möglichkeiten und den steigenden Anforderungen der wachsenden Staatsausgaben und verstärkten Rüstung zu überwinden.

Nach den Vorstellungen der Kiesinger/Brandt-Regierung soll die Mehrwertsteuer 1968 so viel Steuereinnahmen erbringen, wie nach dem bisherigen System erwartet worden war, nämlich 30 Milliarden DM. Ein Vergleich mit dem vergangenen Jahr zeigt, daß die Bundesregierung hierbei Steuererhöhungen von mindestens 5 bis 6 Milliarden DM einkalkuliert hat. 1966 wurden durch die Bruttoumsatzsteuer einschließlich der Umsatzausgleichssteuer 25 Milliarden DM auf-

gebracht. Selbst die größten Optimisten erwarten jedoch nicht, daß beim gegenwärtigen wirtschaftlichen Rückgang und der weiterhin zu erwartenden Konjunkturschwäche der allgemeine Warenumsatz sich 1968 gegenüber dem Konjunkturjahr 1966 um 20 Prozent erhöhen wird, was der geplanten Steigerung des Mehrwertsteueraufkommens auf 30 Milliarden DM entspräche. Diese Realitäten zeigen klar die Erwartung der Bundesregierung mit der Mehrwertsteuer, trotz abgeschwächter Konjunktur ein höheres Mehrwertsteueraufkommen zu erreichen.

Die allgemein geäußerte Befürchtung, daß die Verbraucher die Kosten der Umsatzsteuerreform zu bezahlen haben, ist inzwischen zur vollen Gewißheit geworden. Eine allgemeine Erhöhung des Steuersatzes auf 10 Prozent hat wesentliche Preissteigerungen zur Folge, die allein zu Lasten der Endkonsumenten gehen. In der Presse und in den Erklärungen verschiedener Kommunalverbände wird bereits ganz offen davon gesprochen, daß die Mehrwertsteuer zu Preiserhöhungen bei Gas, Wasser, Elektrizität, Wärme und beim Wohnungsbau führen wird. Diese Kostenerhöhungen werden sich ohne Frage wiederum in höheren Mietpreisen niederschlagen. Die Zeitschrift "Demokratische Gemeinde" Nr. 5/67 schätzt die erhöhte Belastung der Energie- und Wasserpreise ab 1.1.1968 jährlich auf 250 Millionen DM. Bei Anwendung des Steuersatzes von 11 Prozent würde sich diese Belastung noch wesentlich erhöhen.

In allen anderen Lebensbereichen wird es ebenfalls zu Preissteigerungen kommen. Selbst bei den Waren, bei denen durch die mehrstufige Belastung der Umsatzsteueranteil bisher über 10 Prozent lag, ist nach allen Erfahrungen der letzten Jahre mit einer Kostenermäßigung und mit niedrigeren Preisen keineswegs zu rechnen. Wirtschaftsinstitute haben festgestellt, daß schon auf der Basis eines Steuersatzes von 10 Prozent bei mehr als einem Fünftel der Budgetausgaben in einem durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt mit außerordentlichen Preissteigerungen fest gerechnet werden muß. Die "Deutsche Steuerzeitung" schätzt, daß sogar ein Drittel des Inhalts vom normalen Konsumgüterwarenkorb stärker belastet wird.

Parallel mit der Erhöhung des Preisniveaus werden in volkswirtschaftlichem Maßstab in Zukunft auch starke Verschiebungen in der Preisstruktur der einzelnen Waren auftreten. Da die damit zusammenhängenden Verschiebungen in der Verbraucherstruktur und im Preisgefüge noch nicht abzusehen sind, scheint es von vornherein fraglich, ob die im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis 1971 konzipierten Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer überhaupt zu erzielen sind. Ist das nicht der Fall, wird die

Regierung zweifellos eine weitere Erhöhung des Steuersatzes verlangen.

Der unsoziale Charakter der Mehrwertsteuer wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß das neue Steuerverfahren erhebliche Vorteile für die Großindustrie mit sich bringt. Da sind zunächst einmal die Vergünstigungen, die sich im Exportgeschäft dadurch ergeben, daß es von der Zahlung der Nettoumsatzsteuer befreit ist. Wenn das auch für die kleinen und mittleren Betriebe im Exportgeschäft zutrifft, so liegen die wesentlichen Vorteile jedoch bei den Konzernen und Großunternehmen. Auch vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt bringt die Mehrwertsteuer vor allem den kapitalkräftigen Konzernbetrieben bedeutende Vorteile. Sie begünstigt beispielsweise ihre Lagerhaltung, indem nach einer Übergangsregelung künftig die Vorsteuer auf die Lagervorräte unmittelbar von der Steuerschuld des Betriebes abgesetzt werden kann. Das verbilligt die Lagerhaltung. Nach der bisherigen Regelung konnte nämlich die Belastung der Produktionsvorräte mit der Umsatzsteuer erst durch die Verarbeitung und den Verkauf der Fertigerzeugnisse an den Betrieb zurückfließen. Bis zu diesem Zeitpunkt mußten die im Einkaufspreis für Vorräte und Materialie enthaltenen Steuern aus Mitteln des Betriebes finanziert werden und legten so die Umlaufmittel fest.

Ganz erhebliche Vorteile eröffnen sich den Konzernen und monopolartigen Betrieben durch den vorgesehenen vollen Vorsteuerabzug für Investitionen. Ähnlich wie bei Lagervorräten war es nach der alten Regelung so, daß ein Unternehmer die als Kostenbestandteil im Preis enthaltene Umsatzsteuer beim Erwerb der Investitionsgüter bezahlte und diese Steuerbeträge erst nach und nach über die

## HOCHGESTAPELT

Wer im September Gewerkschaftszeitschriften aufschlug, dem rutschten aus manchen — nicht allen — Organen der DGB-Gewerkschaften teure mehrfarbige und typographisch anspruchsvolle Prospekte entgegen. In leitenden Zeilen stand da zu lesen: „Sicherheit und Fortschritt“, „Wichtigstes Ziel: Sicherung der Arbeitsplätze“, „Verbesserte Leistungen bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit“, „Rentner haben teil am Wachstum“, „Schnelle Hilfe für den Bergmann“, „Mehr Geld für alle Kriegsopfer“ und „Arbeitnehmer bestimmen mit“. — Ein imposantes Erfolgsprogramm also.

Aber es handelte sich nicht etwa um Aussagen oder Forderungen des DGB. Vielmehr hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Hans Katzer (CDU), diesen nicht alltäglichen Weg gewählt, um den Gewerkschaftern in ihrer eigenen Zeitung etwas vorzumachen. In eileitenden Worten unter seinem schönen glatten Konterfei, träumt er von Dingen, die nicht sind: „Stabilität und Fortschritt sind unser Ziel... Ohne finanzielle Sorgen soll jeder seine Chance wahrnehmen können... Soziale Gerechtigkeit festigt ein Volk... Wir müssen dafür sorgen, daß genügend Arbeitsplätze vorhanden sind.“

Aber redet die „christliche“ CDU nicht schon seit zwanzig Jahren davon? Wenn das ihre Ziele sind, warum verwirkt sie diese nicht? Warum ist sie dann vielmehr dabei, die sozialen Erfolge zurückzudrehen? Wenn man die Tagträume Hans Katzers liest, so kommt man — und das wollte Katzer sicherlich nicht — zu dem Schluß, daß die CDU/CSU entweder nicht die Kraft hat, die zum Teil uralten Versprechungen zu erfüllen, oder aber nicht gewillt ist, das zu tun. In beiden Fällen kann man gut auf sie verzichten.

Besser informiert  
durch  
**NACHRICHTEN**

Abschreibungen realisieren konnte. Mit dem vollen Vorsteuerabzug für Investitionen, der bis 1973 voll wirksam ist, sind vor allem für Großkonzerne, die jährlich viele Milliarden DM investieren, bedeutende Finanzierungsvorteile verbunden.

Es ist ganz offensichtlich: Die von den Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD im Bundestag beschlossene Mehrwertsteuerregelung hat einen absolut unsozialen Charakter, führt zu hohen Steuerbelastungen, vor allem der Verbraucherschichten, und zu weiteren Preiserhöhungen. In der Phase wirtschaftlicher Rezessionen müssen diese Faktoren außerdem noch konjunkturhemmend wirken.

# Teuerung

Die Große Koalition ist bald ein Jahr im Amt. Nun müssen Erfolge her, egal wie. Zum Beispiel auf dem Gebiet der Preisentwicklung, der Lebenshaltungskosten, da ist der Bürger besonders empfindlich. Und aufnahmefähigkeit, wenn's gute Nachrichten sind.

Bundeswirtschaftsminister Schiller hat einen neuen Schlager: Die Herstellung der Preisstabilität ist ihm gelungen. Jedenfalls brachte er diese Neuigkeit, wohl für jene, die es nicht merken, in Rundfunk-, Presse- und Fernsehinterviews unter die Leute. Auch Bundesbankdirektor Emminger und andere, die es wissen müssen", kolportierten diese Idee. Denn mehr ist es nicht: nur eine Idee, wie man der wachsenden Zahl von Skeptikern und Kritikern der Großen Koalition Sand in die Augen streuen kann.

Aber da ist noch das Statistische Bundesamt, auch eine Institution des Staates. Und die spielte nicht mit. Ihre Zahlen sagten es anders als der Wirtschaftsminister und der Bundesbankdirektor. Während die einen von der Drosselung der Preissteigerung auf „nur noch“ 1 bis 1,5 Prozent und damit von „Stabilität“ redeten, weisen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes für den Vier-Personen-Haushalt mittleren Einkommens gegenüber September 1966 um 2,5 Prozent höhere Lebenshaltungskosten aus. Zur einen Hälfte infolge höherer Lebensmittel- und Verbrauchsgüterpreise und zur anderen infolge höherer Mieten und Verkehrs-tarife.

Die Preissteigerungen gehen also munter weiter. Trotz wirtschaftlicher Flaute, trotz konzertierter Aktion zur Dämpfung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, trotz sinkender Reallohn in weiten Bereichen der Wirtschaft, trotz Großer Koalition. Preissteigerungen in diesem Umfang hat es, ebenfalls nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, bis 1961 nicht gegeben. Sie wurden erst 1962/63 erreicht. Und seitdem griffen sie noch kräftiger um sich. Und soweit man voraussehen kann, wird das auch 1968 nicht besser. Denn die Rüstung ist ein Fuß ohne Boden. Der Staat will die Strompreise freigeben, und die höheren Belastungen aus der Mehrwertsteuer sind erst recht nicht von Pappe. Erhard hin, Große Koalition her: der Arbeitnehmer wird zur Kasse gebeten. Wie eh und je.

Doch zurück zu der Idee mit der Preisstabilität. Die 1 bis 1,5 Prozent Teuerung, von der Schiller und Emminger sprachen, bezieht sich auf den sogenannten Außenwert der DM, der nur für grenzüberschreitende Zahlungen von Interesse ist. Der Binnenwert, der allein für den Verbraucher zählt, verlor 2,5 Prozent. Diesen „kleinen“ Unterschied verschwiegen beide. Und das ist ihr Trick.

# Höhere Mieten - weniger Wohngeld

Die „soziale“ Wohnungspolitik der Großen Koalition  
Was CDU-Lücke begann, setzt SPD Lauritzens fort

Vor fünf Jahren begann mit den Lücke-Gesetzen der Abbau des Mieterschutzes und der Mietpreisbindung in den ersten „weißen“ Kreisen in der Bundesrepublik. Um die mit Recht besorgten und aufgebrachten Mieter zu beschwichtigen, wurde von Ministern und Abgeordneten der derzeit amtierenden Adenauerregierung erklärt: Es werde alles nicht so schlimm werden. Soziale Härten infolge Miet erhöhungen würden mit Mietbeihilfen nach dem Wohngeldgesetz ausgeglichen.

Inzwischen sind die Mieten kräftig gestiegen, nicht nur in den „weißen“, sondern auch in den wenigen noch „schwarzen“ Kreisen. Massenhaft haben Mieter infolge Kündigung und Räumungsklage ihre Wohnung wechseln und meistens eine teurere beziehen müssen. Der soziale Wohnungsbau ist rückläufig, und seine Mietsätze haben sich verdoppelt. In den älteren Sozialwohnungen beträgt die Miete pro Quadratmeter 1,50 bis 2 DM, in den neueren 3 bis 3,50 DM.

Nach einer Berechnung des Institutes für Städtebau wurde 1964 für knapp 12 Prozent der Sozialwohnungen eine Miete von mindestens 2,50 DM pro Quadratmeter festgelegt, 1965 schon für rund 40 Prozent und 1966 für fast 70 Prozent der Sozialwohnungen. Die Wohnungsnot ist noch immer groß. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) gab bekannt, daß im Herbst 1965 noch 850 000 Familien in Baracken, Kellerwohnungen und Dachkammern hausten. Jetzt hat die Regierung der Großen Koalition ab Januar 1968 neue drastische Mieterhöhungen beschlossen. Die vor dem 1. Januar 1960 vergebenen öffentlichen Darlehen für den sozialen Wohnungsbau sollen mit 4 Prozent verzinst werden. Bisher werden diese Gelder mit 2 Prozent oder gar nicht verzinst. Außerdem fällt die Grundsteuerfreiheit für einen Teil der Sozialwohnungen weg. Für 2,3 Millionen der 5 Millionen Sozialwohnungen wird sich dadurch die Miete bis zu 25 Prozent erhöhen.

Das ist jedoch noch nicht alles: Alle Mieten der übrigen öffentlich geförderten, steuerlich begünstigten und freifinanzierten Wohnungen werden ebenfalls ab Januar 1968 durch eine neue Verordnung zur Berechnung der Nebenkosten für Verwaltung, Instandhaltung und Schönheitsreparaturen heraufgesetzt. Das Institut für Städtebau hat errechnet, daß die Miete für eine Wohnung von 60 qm hierdurch um durchschnittlich 11 DM im Monat steigen wird. Infolge der vorgesehenen Erhöhung des Tilgungssatzes für LAG-Darlehen von 2 auf 4 Prozent ab Januar nächsten Jahres wird die Miete für rund 700 000 mit diesen Mitteln geförderten Wohnungen ebenfalls steigen. Ferner wird die Einführung der Mehrwertsteuer zu einer Mieterhöhung führen. Nach einer Feststellung des DGB wird die Miete schon bei einem Steuersatz von 10 Prozent teilweise

um 4 Prozent hinaufgehen. Zwar hat das Wohnungsbauministerium bestritten, daß Mieterhöhungen bis zu 50 Prozent durch Zusammentreffen mehrerer Faktoren ab Januar 1968 eintreten könnten. Was es aber nicht in Frage stellt, ist, daß diese Mieterhöhungen zum Teil mehr als 25 Prozent betragen werden.

Zugleich hat die Bundesregierung ab Januar 1968 eine drastische Kürzung der als Ausgleich für die überhöhten Mieten nach dem Wohngeldgesetz gewährten Mietbeihilfen beschlossen. Die Bundesregierung will dadurch von den 260 Millionen DM, die bis jetzt pro Jahr für Wohngeld aufzubringen sind (der gleiche Betrag wird zusätzlich von den Ländern aufgebracht), im nächsten Jahr 30 Millionen und 1969 50 Millionen DM einsparen. Das läuft auf eine Kürzung von rund 25 Prozent hinaus. Der Abbau soll dadurch erreicht werden, daß bei der Ermittlung des für die Miete einzusetzenden Einkommens die Pauschale für Steuern und Versicherungsbeiträge bei Erwerbseinkommen von 15 auf 10 Prozent gesenkt und die bisherigen Freibeträge, wie Grundrenten aus der Kriegsopfersversorgung, Wiedergutmachungsrenten bis 100 DM im Monat und LAG-Entschädigungsrenten gestrichen werden.

Der sozialdemokratische Wohnungsbauminister Lauritzens hat die Teuerung der alten Sozialwohnungen damit zu erklären versucht, sie diene einer „Entzerrung“ der unterschiedlichen Sozialmieten. Aber auch Minister Lauritzens wird nicht bestreiten können, daß der einzige mögliche soziale Weg zur „Entzerrung“ der unterschiedlichen Sozialmieten wäre, die Mietsätze der später gebauten teureren Sozialwohnungen auf den Stand der älteren Sozialwohnungen mit günstigerer Miete herabzusetzen!

Im Mai 1967 hat Minister Lauritzens vor dem Verbandstag schleswig-holsteinischer Haus- und Grundeigentümer festgestellt: „In letzter Zeit sind alle Maßnahmen der Wohnungspolitik zu Lasten der Mieter gegangen.“ Ein sehr wahres Wort. Nur be weisen die Beschlüsse des Kiesinger-Kabinetts, über Mieterhöhungen und Kürzungen der Mietbeihilfen, daß an diesem gegen die Mieter gerichteten Kurs auch Minister Lauritzens und die Große Koalition nichts geändert haben.

A. B.

# Kostenbeteiligung durch die Hintertür

# Kapitalversorger?

## Der Krankenversicherungsbeitrag für Rentner — das unsozialste Vorhaben der Bundesregierung

Die Millionen Sozialrentner der Bundesrepublik, die 1965 bei der Bundestagswahl auf den Volksversicherungs-Plan der SPD hofften, der ihnen eine Mindestrente und allgemeine Verbesserung der Rentenberechnung versprach, müssen auf das bitterste enttäuscht sein. Ausgerechnet die von der SPD-Bundestagsfraktion getragene Regierung der Großen Koalition hat die nach 1945 wohl unsozialste Maßnahme beschlossen: Ab 1. Januar nächsten Jahres sollen den Sozialrentnern 4 Prozent von ihren meist unzureichenden Rente für die Krankenversicherung abgezogen werden.

Auf dies Weise würde das Blanksche „Sozialpaket“, wenn auch mit anderer Methode, in einem Punkt zumindest teilweise doch noch verwirklicht: Die Heranziehung der Rentner zu den Kosten der Krankenversicherung! Weitere zusätzliche Belastungen im Krankheitsfalle für Arbeiter, Angestellte und Rentner werden folgen; denn Theodor Blanks Nachfolger im Arbeitsministerium, Hans Katzer, bekannte sich in einem im September veröffentlichten „Spiegel“-Interview ausdrücklich zur direkten Beteiligung an den Krankheitskosten.

## Aktionen gegen den Vietnamkrieg der USA

Die Kampagne für Abrüstung wird sich im Herbst dieses Jahres auch in verstärktem Maße mit dem Vietnam-Krieg beschäftigen. Um die Bevölkerung eingehend über die Hintergründe und Gefahren dieses Krieges zu informieren, werden im Rahmen eines Sonderprogrammes der Kampagne zahlreiche Referenten über diese Fragen vor Jugendgruppen und sonstigen Organisationen sprechen, werden Forums- und Hyde-Park-Diskussionen veranstaltet. Zusätzlich werden die rund 300 Ausschüsse der Kampagne Informations- und Ausstellungsstände errichten und die Geldsammlung für die Opfer des amerikanischen Krieges in Vietnam fortsetzen.

Am 21. Oktober 1967 werden in Washington und New York von der amerikanischen Vietnam-Opposition große Kundgebungen veranstaltet, bei denen jeweils über 100 000 Demonstranten erwartet werden. Von der inneramerikanischen Opposition gegen die Vietnam-Politik der Regierung Johnson ist dieser Tag zum „Internationalen Aktionstag für Frieden für Vietnam“ erklärt und die internationale Solidarität der Friedenskräfte aller Länder erbetan worden. In vielen Ländern, z. B. Großbritannien, Japan, Frankreich, Dänemark, Schweden werden große Kundgebungen gegen die US-Aggression in Vietnam stattfinden. Auch die Kampagne für Abrüstung greift den Appell ihrer amerikanischen Freunde auf und wird am 21. Oktober mit vielfältigen Aktionen gegen den Krieg in Vietnam demonstrieren.

Aus den 4 Prozent Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung wird für das Jahr 1968 eine Einnahme von 931 Millionen DM veranschlagt. Der Rentner-Beitrag zur Krankenversicherung soll — so heißt es — dazu dienen, das Defizit in der Krankenversicherung der Rentner abzudecken. Dieses Defizit aber wird für das kommende Jahr nur mit 441 Millionen DM veranschlagt. Die 490 Millionen DM mehr, die den Rentnern abgeknöpft werden, sollen den Trägern der Rentenversicherung zufließen. Wir hätten damit also erstmals den Zustand, daß die Rentner selber zur Finanzierung ihrer Rente herangezogen werden!

Die SPD-Bundestagsfraktion will, so wurde am 11. September in Bonn erklärt, nur einem Krankenversicherungs-Beitrag von 2 Prozent zustimmen. Warum aber stimmten dann die Minister der SPD im Kabinett für 4 Prozent? Ob 2 oder 4 Prozent, jede Belastung der Rentner mit einem Krankenversicherungs-Beitrag ist unsozial, weil

■ Arbeiter und Angestellte bis zum Eintritt des Versicherungsfalles (Alter, Erwerbsunfähigkeit oder Tod) Monat für Monat pünktlich ihren Beitrag zur Kranken- wie zur Renten- und Arbeitslosenversicherung geleistet haben;

■ die Renten für die überwiegende Mehrheit der Sozialrentner nur eine äußerst bescheidene Lebenshaltung sichern;

■ in der Krankenversicherung der Rentner vorhandene Defizite mit Leichtigkeit ohne Belastung der Rentner, Arbeiter und Angestellten ausgeglichen werden könnten, wenn die Bundesregierung ihren Verpflichtungen gegenüber der Renten- und Krankenversicherung nachkäme sowie den Krankenkassen die für Fremdaufgaben entstehenden Kosten endlich voll ersetzt würden, wie es die Gewerkschaften seit Jahren fordern.

Der Krankenversicherungsbeitrag für Rentner ist der erste Schritt zur Verwirklichung der bis jetzt von den Gewerkschaften erfolgreich abgewehrten zusätzlichen Kostenbeteiligung in der Krankenversicherung. Aus Solidarität, aber auch aus wohlverstandenem eigenem Interesse sollten sich daher alle Arbeiter und Angestellten schützend vor die Rentner stellen und jeden Krankenversicherungsbeitrag für Rentner ablehnen. A. B.

Um die Entnahme von Mehrausgaben zur Deckung eines durch Beiträge und Zuschüsse des Bundes nicht gedeckten „Defizits“ der Rentenversicherung aus der Kapitaldeckungsrücklage, die zum Jahresende 1966 rund 30 Milliarden DM betrug, galt es seit langem heftige Auseinandersetzungen. Ein Hauptargument gegen die Deckung von Mehrausgaben aus dem Kapitalstock ist dabei, damit werde der Beitrag der Rentenversicherung zur Kapitalversorgung unserer Wirtschaft geschmälert, wenn nicht überhaupt in Frage gestellt. Dieses Argument muß auf energischen Widerspruch der Versicherten stoßen.

Bei Errichtung der Rentenversicherung im vorigen Jahrhundert wurde gesetzlich eine Kapitaldeckung nach dem Muster der Kapitaldeckungsrücklage bei den Privatversicherungen geschaffen. Sie sollte für Zeiten verminderter Beitragsaufkommen eine Sicherheit für die Rentenleistung geben. Niemand dachte daran, aus den Beitragsüberschüssen bzw. damaligen Zuschüssen des Reiches einen Stock zur Kapitalversorgung der Wirtschaft zu schaffen. Daß diese Deckungsrücklage nicht in den Panzerschränken in Form von barem Geld liegen blieb, sondern als Kredit zinsbringend ausgeliehen wurde, war eine selbstverständliche Praxis, wenn auch keineswegs Sinn und Zweck der Rücklage. Ebenso wenig kann heute die Kapitaldeckung primär als ein Mittel zur Kapitalversorgung der Wirtschaft angesehen werden.

Trotz der Erfahrung mit der zweimaligen zweckfremden Verwendung der Kapitaldecke der Rentenversicherungen in den beiden Weltkriegen hat man auch nach 1949 auf das Prinzip der Kapitaldeckungsrücklage zurückgegriffen. Sie wurde zusätzlich geschaffen, obgleich man, mangels verfügbarer Mittel zur Auszahlung der laufenden Renten, zugleich ein Umlageverfahren einrichtete, mit dem die laufenden Renten aus den derzeitigen Beiträgen geleistet und zugleich die Kapitaldeckungsrücklage gebildet wurde.

Nachdem sich nun in der Rentengewährung die Auswirkungen des Krieges zeigen — der Rentenberg — ist es fast unverschämmt, von der zur Zeit arbeitenden Generation, die erstens die Rentenlast trugen und durch Konsumverzicht die Kapitaldeckung aufbrachte, zusätzlich erhöhte Beiträge zu fordern, ohne etwa die Kapitaldecke für den vorübergehenden Rentenberg einzusetzen. Die Forderung, diese Kapitaldecke der Wirtschaft als Kreditplafond zu erhalten, ist um so unverschämter, als das zur Zeit verfügbare Kreditvolumen, das die Bundesbank zur Konjunkturbelebung zur Verfügung stellte, von der Wirtschaft nicht einmal genutzt wird.

# Arbeitsplätze in den Häfen bedroht

**ÜTV fordert Verkürzung der Arbeitszeit auf 37 1/2 Stunden  
Ergeht es dem Hafenarbeiter wie dem Bergmann?**

Die Hauptforderung der Gewerkschaft ÜTV für den Abschluß eines neuen Rahmenarbeitsvertrages für die Seehafenarbeiter in der Bundesrepublik lautet: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 37½ Stunden und Einführung der Fünftage-Woche. Mit der weiteren Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die selbstverständlich mit vollem Lohnausgleich erreicht werden soll, will die Gewerkschaft ÜTV vor allem die außerordentlich stark bedrohten Arbeitsplätze der Hafenarbeiter in Hamburg und Bremen erhalten.

Man hat z. B. errechnet, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2½ Stunden allein in Hamburg über 1000 Arbeitsplätze sichern könnte. Und dies ist z. Z. bitter nötig. Seit langem ist die Beschäftigungslage in den beiden Häfen Hamburg und Bremen sehr gespannt. So sind in Bremen im Durchschnitt täglich 300, an manchen Tagen bis zu 1000 Kollegen ohne Arbeit. Und dies, obwohl im letzten Quartal in den stadtbremischen Häfen 850 und in Bremerhaven mehr als 400 Hafenarbeiter entlassen wurden.

Ahnlich ist die Beschäftigungslage in Hamburg. Durchschnittlich haben hier täglich 400–500 Schauerleute und Kaiarbeiter der Gesamthafenbetriebsgesellschaft (GHBG) und etwa 300 Hafenarbeiter der Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft (HHLA) eine Ausfallschicht. Auch hier wurden und werden noch umfangreiche Entlassungen durchgeführt. So verloren seit September 1966 2300 Hafenarbeiter ihren Arbeitsplatz, und wieder haben sowohl die GHBG als auch die HHLA Kündigungen ausgesprochen.

Wo liegen die Ursachen? Während die Industrie und die produzierende Wirtschaft zeitweilig auf Auftragsrückgänge verweisen konnten, ist in den Häfen der Umschlag kaum zurückgegangen. Wenn rote Zahlen überhaupt auftauchten, dann bei Bulkladungen und Mineralöl. Also Güter für die ohnehin kaum Arbeitskräfte erforderlich sind. Die Bedrohung der Arbeitsplätze liegt allein in den hektisch betriebenen Rationalisierungsmaßnahmen, für die in den letzten Jahren Hunderte Millionen DM investiert wurden — und in der unersättlichen Gewinnssucht der Hafenunternehmen.

Waren es vor wenigen Jahren noch Handhaken, Greifer, Stropp und Sackkarre, mit denen die Arbeit im Hafen bewältigt werden mußte, so sind es heute Gabelstapler, Förderbänder, Palettengleitbahnen, modernste Hebezeuge, wie Verladebrücken und Winden, mit denen gelöscht und geladen wird.

Für den Hafenarbeiter wurde damit die Arbeit jedoch nicht einfacher und leichter. Gehetzt und gejagt vom Tempo der Mechanisierung, erhöhte

sich die Unfallhäufigkeit und wuchs die Verantwortung des einzelnen Kollegen. Aber immer noch gilt der Hafenarbeiter — trotzdem er nun Gabelstapler und andere mechanische Geräte bedienen muß — als ungelernter Arbeiter mit einer entsprechenden Entlohnung. Demgegenüber haben sich die Gewinnchancen der Unternehmer durch die Mechanisierung sehr verbessert.

"Hafenarbeiter werden überflüssig", meldete bereits am 24. Juni eine Springer-Zeitung und freute sich, daß bis zu 90 Prozent Hafenarbeiter und bis zu 70 Prozent Seeleute „eingespart“ werden könnten, wenn sich der Container durchsetzt. Und in der Tat. Diese Transportmethode, die jetzt mit Riesenschritten in unseren Häfen Einzug hält, beseitigt praktisch den Umschlag des arbeitsintensiven Stückgutes, für das in den Häfen die mei-

## Jugendmonat der IG Metall

Wie jedes Jahr führt die IG Metall auch in diesem Jahr wieder im Oktober ihren Jugendmonat durch. Mit einer Großveranstaltung in Schwäbisch-Gmünd, an der mehrere tausend junge Metall-Gewerkschafter teilnahmen, eröffnete die Gewerkschaft am 24. September die Veranstaltungsserie des Jugendmonats. Wie die Eröffnungsveranstaltung werden auch die nachfolgenden, die sich bis in den Winter hinein erstrecken, die ablehnende Haltung der Jugend zu den Notstandsplänen der Bundesregierung deutlich machen.

Mit einer politisch-musikalischen Jugendshow geht die IG Metall in unterhaltsamer Form Problemen der Jugend zu Leibe. Die Themen reichen vom Illustrertenkitsch über betriebliche Probleme, die ungleichen Bildungschancen und die soziale Unsicherheit bis zu den Notstandsgesetzen. Die Show wird im Oktober in zahlreichen Städten der Bundesrepublik zu sehen sein. Auskünfte erteilen die Verwaltungsstellen der IG Metall.

sten Arbeitskräfte benötigt werden. (Container — Behälter — sind bereits gestaut und gepackt.)

In welchem Umfang diese Transportart Arbeitskräfte einspart, wird in einem Bericht der ÜTV deutlich gemacht: Ein herkömmlicher Stückgutfrachter mit 2000 t Ladung benötigt zum Löschen 50 Mann in acht Schichten à 7½ Stunden. Ein Vollcontainerschiff bei gleicher Tonnenzahl benötigt 28 Mann in nur einer Schicht.

Daß derartige Leistungen die Herzen aller Hafenunternehmer höher schlagen lassen und sie veranlassen, den Containerverkehr auf allen Linien und Schiffahrtsrouten zu beschleunigen, liegt auf der Hand. Für die Hafenarbeiter jedoch ist jetzt höchste Alarmstufe gegeben, wenn sie nicht wollen, daß sie genau wie der Bergmann als Schrott an die Seite fliegen.

Daß man auch in dieser Situation erfolgreich kämpfen und verhindern kann, daß die Vorteile des technischen Fortschritts einseitig in die Taschen der Unternehmer fließen, zeigt der Kampf der amerikanischen Hafenarbeiter. Die Hafenarbeiter der Ostküste und in den Golfhäfen haben bereits 1960 erreicht, daß ein von den Unternehmern gespeister Rationalisierungs- und Modernisierungsfonds gebildet wurde. So zahlen die Unternehmer in diese Fonds:

35 cts. je Container, wenn das Schiff nur eine beschränkte Anzahl solcher Behälter an Bord hat;

80 cts. je Container bei Schiffen, die 40 Prozent davon an Bord haben, und 1 Dollar je Container bei Vollcontainerschiffen.

Die Hafenarbeiter an der Westküste kassierten, wie die ITF-Zeitung Nr. 1/67 berichtet, in den letzten Jahren rd. 29 Mill. Dollar und haben im letzten Jahr erneut erzwungen, daß die Hafen- und Reederei-Unternehmer für die nächsten fünf Jahre weitere 34,5 Mill. Dollar in den Fonds der Hafenarbeiter einzahlen müssen.

Die Möglichkeit und Notwendigkeit, von Rationalisierungsgewinnen nennenswerte Summen für die Hafenarbeiter abzuweichen, ist auch bei uns vorhanden. Diese Mittel könnten dann, ebenso wie in den USA, zur Regelung der Lohn- und Verdienstsicherung bei Umsetzungs- und Umschulungsmaßnahmen und für fühlbare Abfindungen bei absolut unvermeidlichen Entlassungen verwendet werden.

Es wäre darum zweckmäßig, neben den Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, Herabsetzung des Rentenalters und Verlängerung des Jahresurlaubs die Forderung zur Bildung eines Mechanisierungs- und Modernisierungsfonds zu erheben. Sie ist von Hamburger Hafenarbeitern auf einer ÜTV-Versammlung am 17. September bereits lebhaft begrüßt worden. P. B.

**Bruno Gleitze** ist als Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen zurückgetreten und wieder auf seinen Posten als Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB zurückgekehrt. Am 18. September 1967 hat ihm die Bundesregierung das Große Bundesverdienstkreuz verliehen.

**Georg Neemann** ist für den ausschließlich beim DGB-Bundesvorstand, Wilhelm Haferkamp, als Nachfolger im Gespräch. Neemann ist zur Zeit Vorsitzender des DGB-Bürziks Nordrhein-Westfalen und kommt von der IG Metall. Haferkamp geht als DGB-Vertreter zur EWG-Kommission nach Brüssel.

**Karl Schiller**, Bundeswirtschaftsminister, hat im Anschluß an die Eröffnung der 43. Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt/M. den Vorstand der IG Metall besucht. In einem Gespräch erörterten Schiller und der IGM-Vorsitzende Otto Brenner aktuelle konjunkturpolitische Fragen. Dabei sollen, wieder „Metallpressedienst“ mitteilt, Schiller und Brenner in der Beurteilung der Konjunkturlage und der bisher von der Regierung getroffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen einer Meinung gewesen sein.

**Hans-Jürgen Wischnewski**, sozialdemokratischer Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungshilfe), stellte am 11. September 1967 dem Vorstand der IG Metall ebenfalls einen Besuch ab. Derlei Kontakte zwischen dem Minister und der Gewerkschaft sollen fortgesetzt werden.

**Wolfram Langer**, Staatssekretär in Bonn, wurde zum Vorsitzenden des neuen Aufsichtsrats des Salzgitterkonzerns bestellt. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Beermann, Betriebsratsvorsitzender Söchtig und Dr. Rust von der Wintershall AG wurden stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende.

**Hans Faltermeyer**, Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft OTV, setzte sich auf der OTV-Jahresversammlung in Kassel für die Aufhebung des Kontaktverbots ein, das der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) in bezug auf die Gewerkschaften in sozialistischen Ländern in früheren Jahren beschlossen hat.

**Karl Lichtenstein**, Sachbearbeiter für Arbeitsrecht, Rechtsschutz und Betriebsverfassung beim Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik und Landesarbeitsrichter in Niedersachsen, wurde vom Bundesarbeitsminister Katzer zum Richter am Bundesarbeitsgericht in Kassel berufen.

**Walter Reuther**, der Präsident der amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft (UAW), ist Anfang September 60 Jahre alt geworden.

## Blick in die Welt

### Britische Gewerkschaften kritisieren Labour

Der diesjährige Kongreß des britischen Gewerkschaftsverbandes TUC im September in Brighton stand völlig im Zeichen der Spannungen, die zwischen den Gewerkschaften als den wesentlichen Säulen der Labour Party und der Labour-Regierung in London bestehen. Zwar wurde zum Schluß des 99. Jahreskongresses auf Drängen des Generalrates eine Loyalitätserklärung gegenüber der Regierung abgegeben, in der gesagt wird: „Dieser Jahrestag versichert erneut der Labour-Regierung seine Unterstützung und betont, daß die gegenwärtige sozialistische Regierung nur durch Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung hoffen kann, die wirtschaftliche Stabilität zu erreichen.“ Aber die Mehrheit des Kongresses hat eindeutig formuliert, wie sie sich den Inhalt der auf Stabilität gerichteten Maßnahmen vorstellt:

- **Der Staat soll sich durch Aufhebung des Lohnstopps aus den Lohnverhandlungen der Tarifparteien zurückziehen.**
- **Die Vollbeschäftigung ist mit allen Mitteln anzustreben.**
- **Die staatliche Eigentums- und Verfüzungsgewalt in der Wirtschaft soll ausgedehnt werden.**
- **Eine Gesundung der Finanzen soll durch strikte Ein- und Ausfuhrkontrollen für Kapital und eine drastische Reduzierung der Militärausgaben angestrebt werden.**
- **Weiter wird eine scharfe Kontrolle der Preise, Mieten, Dividenden und Profite gefordert.**

Mit einem Stimmenverhältnis von 4,9 zu 3,5 Millionen haben sich die Gewerkschaften auf dem Kongreß für dieses Programm ausgesprochen. Es steht in einem deutlichen Gegensatz zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung, die ihr Heil zur Hauptsache in einem Stoppt der Lohn- und Gehaltsentwicklung erhofft. Die Tatsache jedoch, daß seit Inkrafttreten des Lohnstopps die wirtschaftliche Lage nicht besser geworden ist und die Arbeitslosenzahl auf rund 600 000 stieg, erscheint den Gewerkschaften als Beweis dafür, daß ihre Lohnpolitik für die Misere in Wirtschaft und Finanzen nicht die Ursache war.

Die Gewerkschaften kritisieren u. a., daß die Regierung, während sie die Arbeitnehmereinkommen einfriert, gleichzeitig selbst umfangreiche Preissteigerungen veranlaßt, wie z. B. die allgemeine Heraufsetzung der Strom-

preise. Die Regierung Wilson hat auf Grund der Kritik des Kongresses einen taktischen Rückzug angetreten und beschlossen, daß nunmehr auch die staatlichen Wünsche auf Preiserhöhungen — ebenso wie die der Privatwirtschaft — zuvor einem „unabhängigen“ Gremium zur Prüfung vorgelegt werden müssen.

Offensichtlich haben es die britischen Gewerkschaften mit einer ähnlichen Wirtschaftslage zu tun wie die Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Dabei ist bemerkenswert, daß die Gewerkschaften in Großbritannien, die mit der Labour Party viel enger verbunden sind als die parteilich ungebundenen Gewerkschaften in der Bundesrepublik mit der SPD, die reine Labour-Regierung viel freier und deutlicher kritisieren, als es hierzulande die Gewerkschaften in bezug auf die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung der Großen Koalition tun. P.C.

### US-Automobilarbeiter kämpfen um sozialen Fortschritt

Nachdem am 6. September 1967 die Lohn- und Gehaltsverträge der Vereinigten Automobilarbeiter-Gewerkschaft der USA (UAW) mit den Firmen General Motors, Ford und Chrysler ausgelaufen waren und nur ein zu geringes Angebot der Auto-Konzerne vorlag, sind die Automobilarbeiter aller 93 amerikanischen Ford-Betriebe in den Streik getreten. Der Ausstand dauerte bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch an.

Die UAW fordert für alle Automobilarbeiter bessere soziale Leistungen und eine Erhöhung der Löhne um mindestens 90 Cent. Die Konzerne hatten, verteilt auf drei Jahre, nur 55 bis 60 Cent angeboten, was einer Lohnanhebung von jährlich knapp 4 Prozent gleichgekommen wäre. Den 160 000 Ford-Arbeitern sind inzwischen aus aller Welt Solidaritätsbekundungen zugegangen.

### „Die Ostsee muß ein Meer des Friedens sein“

Unter diesem Titel ist jetzt eine bei Heinz Geinitz, 2057 Geesthacht, Schlesierweg 1, zu beziehende Schrift über die X. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands erschienen, die während der „Ostseewoche“ in Rostock vom 12. bis 14. Juli 1967 stattfand. Die vier westdeutschen Mitglieder des Ständigen Komitees dieser Konferenz berichten darin über Teilnehmer, Thematik, Ablauf und Sinn dieser Veranstaltung, die — ausgenommen die Bundesrepublik — regelmäßig mit Gewerkschaftsabordnungen aus den jeweiligen Ländern besucht wird. Die Broschüre kostet 0,50 DM.

## Unterschiedliche Reaktionen

## ■ 30.—31. Oktober 1967

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik zu Satzungsfragen in Hannover.

## ■ Februar bis April 1968

Betriebsrätewahlen in allen Betrieben der Bundesrepublik.

## ■ Mai 1968

Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Versicherungsträger (Rentenversicherung, Ersatzkassen, Berufsgenossenschaften, Betriebskrankenkassen).

## ■ 1.—6. September 1968

Ordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Düsseldorf.

## ■ 16.—21. September 1968

7. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen in Bremen.

### Gewerkschafter protestieren gegen NPD-Parteitag

Die Entscheidung der Stadtverwaltung von Hannover, der neofaschistischen NPD für deren Parteitag im November städtische Räume zur Verfügung zu stellen, hat in den Gewerkschaftsorganisationen und Betrieben Hannovers Entrüstung ausgelöst. In Protestbriefen an die Stadtverwaltung bezeichnen Betriebsarbeiter, wie die Zeitung „Metall“ berichtet, deren Verhalten als „politischen Skandal“. In einem Protestschreiben hat auch der Kreisvorstand des DGB bei der Stadtverwaltung sein Befremden über die Zulassung des NPD-Parteitages ausgedrückt und angekündigt: „Die Gewerkschaften und die hannoverschen Arbeitnehmer werden alles tun, um diesen Parteitag und ähnliche NPD-Veranstaltungen in Hannover in Zukunft zu verhindern.“

## Es steht fest:

## Strom und Gas werden teurer

Die Abnehmer von Strom und Gas in den Haushalten, und das betrifft die gesamte Bevölkerung, sind die ersten, die postwendend die Einführung des Mehrwertsteuersystems zu spüren bekommen. Die Preise für diese Energiearten sollen am 1. Januar 1968 um durchschnittlich 6,7 Prozent erhöht werden. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke mitteilte, steht dieser Satz aber noch nicht genau fest. Sicher ist dagegen schon, daß die Versteuerung in Hamburg 7,5 Prozent und in West-Berlin 7,8 Prozent betragen wird.

## Tacke: „Ein Trick“ — IG Metall: „Sozialer Fortschritt“

Die Einführung der gesetzlichen 5-Tage-Woche in der DDR ab Anfang September ist auch in den Gewerkschaften der Bundesrepublik als sozialer Erfolg von Bedeutung begrüßt worden. Aber nicht einhellig, jedenfalls in der Spalte nicht.

Natürlich werden mit zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen der Arbeitnehmer in der DDR die Möglichkeiten geringer, das „sowjet-zonale Unrechtsregime“ herunterzureißen. Wenn das manche Politiker trübsinnig stimmt oder gar in Harsch bringt, so deklassieren sie sich damit selber. Aber können Wirtschaftswunder-Erfolge unserer so oft bemitleideten „Schwestern und Brüder“ in der DDR so qualifizierte Persönlichkeiten, wie etwa Bernhard Tacke — stellvertretender DGB-Vorsitzender —, ebenfalls enttäuschen?

Was soll man davon halten, wenn das Organ der IG Bergbau und Energie, „einheit“, in der zweiten September-Ausgabe schreibt:

„Die am 1. September 1967 durch eine Verordnung in Kraft getretene Fünftagewoche in Mitteldeutschland bezeichnete der stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard Tacke in einer Sendung von RIAS Berlin als einen üblichen Trick oder Täuschung. Der „Fortschritt“ sei durch Wegfall von elf gesetzlichen bzw. zusätzlichen Feiertagen erkauft worden. Dazu werde befohlen, daß die „Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb“ zur „Steigerung der Arbeitsproduktivität beitragen und die staatlichen Planaufgaben erfüllen“. Das bedeutet, so fährt Tacke fort, daß der Arbeitnehmer, der ein freies Wochenende haben will, pro Stunde noch mehr leisten müsse als bisher...“

Wohltuend, weil sachlich und richtig, hebt sich davon die Berichterstattung der Zeitung „Metall“, des Organs der IG Metall, in Nr. 18 vom 5.9.67 ab:

„Die Einführung der Fünftagewoche und die Verringerung der Arbeitszeit von 45 auf 43½ Wochenstunden in der DDR ist ein beträchtlicher sozialer Fortschritt. Als bezahlte Feiertage entfallen in Zukunft Ostermontag, der Tag der Befreiung (8. Mai), Himmelfahrt und Bußtag, aber der Frauenhausarbeitstag wird auch bei der vollen Fünftagewoche weitergewährt, auf die sich sieben Millionen Menschen freuen dürfen.“

1967 war für die DDR überhaupt erfolgreich: Die Warenproduktion in der Industrie hat im ersten Halbjahr um 7,3 Prozent zugenommen, die Arbeitsproduktivität um 7,2 Prozent. Ab 1967 gibt es Anspruch auf einen Mindesturlaub von 15 Tagen. Die Mindestbruttolöhne wurden von 220 DM auf 300 DM erhöht, die Mindestrenten von 129 DM auf 150 DM. Eine freiwillige Versicherung für die Gewährung einer

Zusatzrente kann abgeschlossen werden. Bis 1970 soll das Einkommen der Bevölkerung real um 20 Prozent steigen, die Zahl der Abiturienten um das Einerthalbfache erhöht werden.

Der Vorsprung, den die Arbeitnehmer der Bundesrepublik auf sozialem Gebiet dank der Gewerkschaften errungen haben, könnte rasch zusammenschmelzen, wenn die rücksichtlichen Kräfte des deutschen Unternehmertums sich mit dem Abbau der Löhne und Gehälter und der Verschlechterung der sozialen Sicherheit durchsetzen.“

Wir haben es hier mit typischen Beispielen einer im kalten Krieg verhafteten und einer auf Entspannung geschalteten, sachlichen Berichterstattung zu tun. Zum Diskreditieren ist den ersten offenbar jedes Mittel recht: Unwahrheit, Übertriebung, Verschweigen von Fakten. Aus vier unbezahlten Feiertagen werden elf „wegfallende“ gemacht, aus der ständigen Aufgabe einer Arbeitsproduktivitätssteigerung wird ein „Befehl“, genaue Tatsachen werden nicht genannt, weil sie zu unbequem sind. Womöglich findet man unter dieser Art Interpretation jene, die sich noch am meisten wundern, wenn sie von der „anderen Seite“ scharf angeschossen werden.

Gewerkschafter, die die „Anteilnahme“ am Leben in der DDR, am „Schicksal“ ihrer Schwestern und Brüder ehrlich meinen oder wenigstens wünschen, daß man den Eindruck hat, als meinten sie es ehrlich, sollten sich für obige hämische und kleinkarierte Kritik zu gut halten. — rt

## Zu guter Letzt:

„Bildung macht frei — BILD macht dumm“, das ist der Text einer von der Kampagne für Abrüstung herausgegebenen Plakette. Mit BILD ist die BILD-Zeitung gemeint, deren Auflage in der Bundesrepublik fast 4,5 Millionen Stück beträgt.

## nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat. Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Telefon 3838, Postscheckkonto Stuttgart 96019. Redaktioneller Mitarbeiter: Gerd Siebert, Hamburg. Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Druck: Max Kisteller, Hamburg-Altona, Winterstraße 9-11. Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement 4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.